

# Wetzlarer Nachrichten

Zeitung der **SPD** Wetzlar

Jahrgang 10 | Ausgabe 1 | März 2018

## Ein Naturschwimmbad mitten in der Stadt

So stellt sich die Arbeitsgruppe Bauliche Gestaltung des Bürgerbeteiligungsprojekts „Freibad(en) in Wetzlar“ die Zukunft des städtischen Freibades Domblick vor.

Seite 3



## Hessenkasse – Fluch oder Segen?

Das Land Hessen hat seine Mitverantwortung für die Finanzlage der hessischen Kommunen erkannt und plant deshalb, ein Entschuldungsprogramm zur Ablösung der Kassenkredite.

Seite 7



## Landratswahl am 27. Mai

Seit 2006 arbeitet Wolfgang Schuster als Landrat für die Menschen im Lahn-Dill-Kreis, für unsere Heimat mit ihren 23 Städten und Gemeinden. Der allseits beliebte und geachtete Politiker stellt sich noch einmal zur Wahl

Seite 8-9



# SPD-Basis gibt großer Koalition eine Chance

Dagmar Schmidt: „Jetzt geht es darum, eine gute Regierungsarbeit zu machen und gleichzeitig unsere Partei zu erneuern.“

Nach intensiven Wochen mit Parteitagen und Verhandlungen konnten nun über 460.000 Mitglieder in einem Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag abstimmen. 78 % der Mitglieder haben sich beteiligt, 66 % haben mit „Ja“ gestimmt.

Die SPD hat sich damit klar für die Große Koalition entschieden. Die rund 34 Prozent der Nein-Stimmen zeigen jedoch, dass es Dinge gibt, die wir verändern müssen und dass das ‚Ja‘ zur Koalition eben kein ‚Weiter so!‘ ist.

In der neuen Koalition mit den Unionsparteien braucht die SPD ein klareres inhaltliches Profil. Wir müssen gut regieren und trotzdem öfter und besser deutlich machen, wo die Unterschiede zwischen den Regierungspartnern liegen.

Wir müssen den Menschen vermitteln, welche Ziele die SPD verfolgt und welche unserer Ziele wir umgesetzt haben.

Die Schärfung des sozialdemokratischen Profils muss sich in



Aufbruchstimmung im Willy-Brandt-Haus

der Beantwortung der großen gesellschaftlichen Fragen finden. Wie können wir das Leben der Menschen einfacher und sicherer machen? Wie können wir die Zugänge zu unseren sozialen und Familienleistungen erleichtern? Wie können wir Sicherheit in einer sich verändernden Welt herstellen – sei es soziale Sicherheit, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit vor Kriminalität, aber auch globale Sicherheit und Frieden? Wie können wir Armut bekämpfen und die Spaltung unseres Arbeitsmarktes überwinden? Und andere mehr.

Ich freue mich auf die kommende Arbeit in der Regierungskoalition. Wir können erneut konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger erreichen.

Nach dem Scheitern der Jamaica-Gespräche hat die SPD in den Verhandlungen vieles für die Menschen, die uns gewählt haben, herausgeholt. Beispielhaft sind hierfür das Recht auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule, Investitionen in Bildung und Betreuung, der soziale Arbeitsmarkt und die zahlrei-

chen Verbesserungen in der Rente zu nennen. Die Besetzung des Finanzministeriums durch die SPD wird uns die Umsetzung vieler Verbesserungen leichter machen.

Ich möchte mich ganz herzlich bei den vielen Genossinnen und Genossen bedanken, die in den letzten Wochen geholfen haben, die Veranstaltungen zu organisieren und bei denen, die mitdiskutiert und um den besten Weg für die SPD gerungen haben. Und nicht zuletzt möchte ich mich bei denjenigen Bedanken, die durch ihre Wahlbeteiligung Verantwortung übernommen haben. Niemand hat sich die Entscheidung leicht gemacht.

Und ich möchte alle diejenigen, die unsere Grundwerte teilen und Lust auf die Verbesserung unserer sozialen Demokratie haben, einladen, Mitglied zu werden.

Jetzt geht es darum, eine gute Regierungsarbeit zu machen und gleichzeitig unsere Partei zu erneuern.

Ich freu mich drauf!



## Wetzlars Oberbürgermeister Manfred Wagner:

„Ich finde es ist ein bemerkenswerter Beitrag zur innerparteilichen Demokratie, dass sich über 78% aller Mitglieder der SPD an dem Mitgliederentscheid beteiligt haben. Zugleich bin ich froh darüber, dass im wechselseitigen Respekt der Befürworter und der Gegner einer GroKo am Ende eine klare Entscheidung zur Regierungsbeteiligung der SPD herbeigeführt wurde. Die SPD hat viele ihrer Themen in dem Koalitionsvertrag verankern können und kann mit der Übernahme der Verantwortung in Schlüsselressorts der künftigen Bundesregierung maßgebliche Akzente für die zukunftsfähige Entwicklung unseres Landes setzen. Dies werden wir zu nutzen wissen, um die Meinungsführerschaft der SPD in den zentralen Politikfeldern deutlich zu machen.“



## Landrat Wolfgang Schuster zum Mitgliederentscheid der SPD:

„Mit einer Zustimmung von 66 Prozent haben die Sozialdemokraten für den Koalitionsvertrag gestimmt. Das Verantwortungsgefühl für unser Land und Europa steht über dem Frust der letzten Bundestagswahl.“

Die Union muss nun die Vereinbarungen mit umsetzen und auf taktische Spielchen verzichten. Sonst kann die Zusammenarbeit schnell beendet sein.

Der Prozess der Erneuerung läuft parallel.

Mit Andrea Nahles und Olaf Scholz werden wir ein gutes Tandem erhalten. Einige selbstverliebte männliche Ich-AG's in der Parteiführung müssen endlich ihre Interessen denen der SPD unterordnen.

Als Alternative zur GroKo gäbe es nur eine Mitte-Rechts Mehrheit mit allen negativen Folgen.

Wir – meine Fraktion und ich – freuen uns über Ihre Meinung. Der Bundestag muss der Ort sein, an dem die Themen zur Sprache kommen, die Sie bewegen. Uns ist wichtig zu erfahren:

- Welche Themen soll die SPD-Fraktion im Bundestag zur Sprache bringen?
- Wie sollte die SPD mit der aktuellen Situation umgehen?

- Um welche Probleme soll sich die SPD-Bundestagsfraktion kümmern?
- Ich freue mich über Ihre Fragen und Anregungen an:

[dagmar.schmidt@bundestag.de](mailto:dagmar.schmidt@bundestag.de) unter **064 41 209 25 22**, auf Facebook **dagmar.schmidt.356** auf Twitter **@dieschmidt** oder auf Instagram **dieschmidt**



Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag. Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Seit 2013 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der SPD, und seit Februar 2018 im erweiterten Fraktionsvorstand der Bundestagsfraktion.

## Bundestags-Vizepräsident Thomas Oppermann in Naunheim

Neujahrsempfang der Wetzlarer SPD erlebte großen Zuspruch

Seite 3





Beim Eberacker 5  
35633 Lahnau-Dorlar  
Telefon: 0 64 41/94 33-0  
[www.sauter-mkb.de](http://www.sauter-mkb.de)



**SCHÜCO**

Fenster · Türen · Vordächer · Wintergärten · Markisen · Rollläden · Rolltore  
Rollgitter · Jalousien · Klappläden · Tore & Zäune · Insektenschutz

**Aus dem Inhalt**

**POLITIK**  
Sachgrundlose Befristung drastisch reduzieren **4**



**AUS DER STADT**  
Doppelhaushalt Stadt Wetzlar **5**



**AUS DER STADT**  
Rahmenplan für mehr Lebensqualität in Dalheim **10**



**AUS DER STADT**  
Klarheit über Möbelsammlung im Palais Papius **11**



**POLITIK**  
SPD bei Zeiss Sport Optics **12**



**UDO BULLMANN**  
Es ist Zeit, den Blick zu heben **13**



**JUSOS**  
Dieselfahrverbot und was dahintersteckt **14**



**AUS DER STADT**  
Heringssessen Münchholzhausen **15**



# Gut besuchter Neujahrsempfang der SPD

**Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann in Wetzlar**

Mehr als 200 Gäste konnten SPD-Stadtverbandvorsitzender und Oberbürgermeister Manfred Wagner und die SPD Stadtverordnetenfraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke am 28.01.2018 zum Neujahrsempfang begrüßen.

Unter den Gästen fanden sich Vertreter aus der Wirtschaft, Politik, Haupt- und Ehrenamtliche, Vertreter aus dem Gesundheits- und Bildungsbereich, Polizei und viele mehr.

Manfred Wagner hielt die Eingangsrede. 2017 gab es über 30 Kriege auf der Welt. Über 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht auf Grund kriegerischer Auseinandersetzungen oder Naturkatastrophen. Unser Konsumverhalten, unser Reichtum und unser Verbrauch an Rohstoffen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Armut in anderen Ländern. Daraus ergibt sich auch für uns eine Verantwortung. Europa muss sich gemeinsam der Verantwortung stellen. Kein Land innerhalb Europas darf sich aus der Verantwortung stehlen. Nur gemeinsam können wir die Schere zwischen Arm und Reich bekämpfen in der Welt. Auch innerhalb Deutschlands darf diese Schere nicht immer weiter auseinander driften. Immer mehr Menschen sind auf Transferleistungen angewiesen. Der zweite Arbeitsmarkt ist für viele Menschen der einzige Weg in ein selbstbestimmtes, autonomes Leben. Der von der SPD herbeigeführte Mindestlohn war ein wichtiger Schritt um Altersarmut vorzubeugen. Für die nötigen Infrastrukturmaßnahmen in den Städten und Gemeinden wünscht sich Wagner eine bessere finanzielle Unterstützung vom Land und Bund.

Landrat Wolfgang Schuster teilte allen Anwesenden gleich am Anfang seiner Rede mit, dass er sich auf eine dritte Amtszeit als Landrat freuen würde und er noch genug Gestaltungswillen habe. Dann formulierte er seine Forderungen für eine solidarische Gesellschaft.

Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern muss noch geschlossen werden. Die Unterschiede im Verdienst gäbe es im ungelerten Arbeitsbereich genauso wie bei Akademikern. Daraus entstehen Alters- und Kinderarmut. Auch Schuster kritisierte die Finanzausstattung der Landkreise. Sie leisten 23% der öffentlichen Ausgaben, erhielten aber nur 14% der Steuereinnahmen. Gerade der ländliche Raum muss gestärkt werden, es darf nicht alles in die Ballungsgebiete fließen. Er hat frühzeitig mit dem Ausbau von Breitbandkabeln begonnen und er wird weiter an einem schnellen Netz arbeiten, damit Menschen und Betriebe im Lahn-Dill-Kreis nicht abgehängt werden. Er wird die medizinisch-ärztliche Versorgung im Blick haben und den Erfolg der Lahn-Dill-Kliniken weiter unterstützen. Es hat sich bewährt, das Geld im Klinikum zu lassen und nicht wie bei den Privaten es aus dem Unternehmen Krankenhaus rauszuziehen.

Der prominente Hauptredner aus Berlin, Thomas Oppermann, ging auf die Zeit nach der Bundestagswahl ein. Mit 20,5% habe die SPD das schlechteste Wahl-



Thomas Oppermann warb leidenschaftlich für den Erhalt unserer Demokratie



Der Vorsitzende der Wetzlarer SPD, Manfred Wagner, bei seiner Begrüßungsrede vor vollem Haus

Menschen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Allein die kostenlose Kita und das Recht auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern wird wichtiger Teil einer neuen Bildungsoffensive sein.

Es muss aber eine Finanzierung der tatsächlichen Kosten geben für die Kommunen. Es darf nicht passieren dass die Kommunen auf den Kosten sitzen bleiben. Und hier vor Ort die Bürgerinnen und Bürger mit Steuern, Beiträgen und Gebühren strapaziert werden müssen, damit die Pflichtaufgaben erfüllt werden können.

Anschließend gab es viel Gesprächsstoff

ergebnis in ihrer Geschichte bei einer Bundestagswahl erzielt. Allen Mitgliedern war klar, es bleibt nur die Opposition. Nach dem Jamaika-Aus hat die SPD verantwortungsvoll die Sondierungsgespräche mit CDU/CSU geführt. Die Ergebnisse aus den Sondierungsgesprächen sind eine gute Grundlage für den Koalitionsvertrag und eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung. Die Minderheitsregierung ist für ihn keine Option. Zudem sei mit der AFD eine populistische Partei in den Bundestag gewählt worden, mit der Oppositionsarbeit für Sozialdemokraten undenkbar ist. Immer wieder werden von AFD-Mitgliedern andere Menschen auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder/und Religionszugehörigkeit diffamiert und herabgesetzt. Für Sozialdemokraten stehen aber die Vielfalt und die Teilhabe aller Menschen an erster Stelle,



Julia Polzer, Sabrina Zeaiter und Anne Naumann von den Jusos

damit Demokratie gelingen kann. Deutschland steht wirtschaftlich gut da, es gibt ein stabiles Wachstum. Oppermann machte deutlich, dass die SPD viel erreicht hat für die Menschen und in der nächsten Groko wird es mehr sozialdemokratisches Profil geben. Mehr Steuergerechtigkeit und mehr Chancengerechtigkeit und mehr Geld für die Kommunen.

Zum Schluss bedankte sich Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke nicht nur bei den Rednern, sondern auch bei allen Ehrenamtlichen im Saal, die im Ortsverein, im Ortsbeirat, in der Stadtverordnetenversammlung, im Kreistag, in Ausschüssen und Gremien aktiv sind. Alle Aktiven sind das Herzstück der Demokratie.

Demokratie fängt in den Orten und Gemeinden an und lebt von dem ehrenamtlichen Engagement für die Bürgerinnen und Bürger. Die Haltung gegenüber den Menschen bestimmt das Handeln. Rassismus und völkische Ideen sind für SPDler obsolet. Im Kleinen wie im Großen ist der soziale Zusammenhalt und Frieden der Grundstein für Wohlstand und Fortschritt. Genauso wie Gerechtigkeit und Freiheit die Pfeiler der Demokratie sind. Die von der SPD in den Koalitionsvertrag, eingebrachten Maßnahmen bedeuten für viele



Landrat Wolfgang Schuster, SPD-Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke, Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann, Wetzlars OB Manfred Wagner



Fotos: Heiner Jung

Stabgitterzäune  
preiswert  
sicher  
dauerhaft



**Wetzlar-Steindorf**  
In der Murch 16 – 18  
Telefon (0 64 41) 92 48 60  
www.krauter-schmiedeeisen.de  
**Schutz vor Einbruch**

Überdachungen, Schlosser- & Stahlbauarbeiten, Edelstahlverarbeitung, Torantriebe, Treppen, Tore, Fenster- & Türgitter, Balkongeländer, Treppengeländer, Einzäunungen

# Ein Naturschwimmbad mitten in der Stadt

Arbeitsgruppen entwickeln die Vision eines Naturerlebnisbades



Foto: Computersimulation

**Ein Naturerlebnisbad mit Öffnung zur Lahn und Gastronomie, dessen Gelände auch außerhalb der sommerlichen Öffnungszeiten nutzbar ist.**

So stellt sich die Arbeitsgruppe Bauliche Gestaltung des Bürgerbeteiligungsprojekts „Freibad(en) in Wetzlar“ die Zukunft des städtischen Freibades Domblick vor. Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) und Bürgermeister Harald Semler (FW) haben den Entwurf gemeinsam mit Mitgliedern der AG, Ursula Friedrich, Reinhard Felten und Manfred Wolf, jetzt im Rathaus öffentlich vorgestellt.

Nach Erarbeitung des Bürgergutachtens der Planungszelle Ende 2015 hatten die Arbeitsgruppen weitergearbeitet und die Vision eines Naturerlebnisbades entwickelt, welches das stark saniierungsbedürftige Domblickbad spätestens nach Auslaufen der Betriebsgenehmigung 2022 ersetzen soll. Vorgesehen ist ein multifunktionales Schwimmbecken mit drei 50-Meter-Bahnen samt Start-

blöcken, einem Sprungbereich mit Drei-Meter-Turm und einer Nichtschwimmerzone. Das Bad soll zur Lahn durch Stufen und Holzpodeste geöffnet werden, der derzeit bestehende Zaun soll verschwinden. Dem „Domblick“ stünden damit keine Hindernisse mehr im Weg.

Der kombinierte Rad-/Gehweg, der derzeit am Lahnufer vorbeiführt, soll hinter das Bad verlegt werden. Während der Schließungszeit des Freibades soll das Gelände als Park für alle Bürger frei zugänglich sein.

Ein Gastronomiebetrieb mit Terrasse soll sowohl vom Bad als auch von außerhalb zugänglich sein und ganzjährig öffnen. Er könne sowohl von Radfahrern als auch von Kanutouristen als Anlaufpunkt genutzt werden.

Ein Kleinkindbecken mit Sonnensegel wird auch beheizt werden. Als Naturbad enthält das Schwimmbecken kein Chlorwasser. Das Wasser wird vielmehr in einem eigenen Klärteich mit einem Sand- und Pflanzenfilter ge-

reinigt. Oberbürgermeister Wagner hob hervor, dass der Entwurf als Naturerlebnisbad dem Freibad ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Freibädern der Region biete. Aber auch diejenigen Besucher, die nur „ihre Bahnen ziehen möchten“ kämen mit dem 50-Meter-Bereich weiterhin auf ihre Kosten.

Wie geht es weiter? Der Entwurf der Arbeitsgruppe dient jetzt als Grundlage für die Beauftragung eines Planungsbüros. OB Wagner erläuterte, dass im Doppelhaushalt der Stadt 2018/2019 rund vier Millionen Euro für Planung und Bau eingestellt werden sollen. Auch Fördertöpfe sollen genutzt werden, um das Projekt zu verwirklichen. Während des Umbaus falle das Bad während einer Sommersaison aus, sagte Sportamtsleiter Wendelin Müller. Dann stünden allerdings Außenliegebereiche sowohl am Europabad als auch im Bereich des von der Stadt Wetzlar mitgetragenen Hallenbades in Waldgirmes zur Verfügung.

# Gedenken an Holocaust-Opfer

OB Manfred Wagner: „Wir tragen diese Bürde in Trauer und Verantwortung“

**Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wetzlar sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern des gesellschaftlichen Lebens haben Repräsentanten der Stadt Wetzlar anlässlich einer Gedenkstunde am Holocaust-Gedenktag (Samstag, 27. Januar) der Opfer der nationalsozialistischen Gräueltaten gedacht.**



Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck und Oberbürgermeister Manfred Wagner am Mahnmal für die NS-Opfer am Bebelplatz

Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck (SPD) nannte die Gedenkstunde am Mahnmal für die NS-Opfer am Bebelplatz ein Zeichen des Erinnerns und Gedenkens, gegen das Verdrängen und Vergessen.

Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) bezeichnete das Mahnmal als einen wichtigen Platz in der Stadt Wetzlar, der vielen nicht bewusst sei. Auschwitz stehe für den tiefsten Riss in der Zivilisation, den es je gegeben habe. Für die Gräueltaten der Nationalsozialisten könne es niemals einen Ausgleich geben: „Wir tragen diese Bürde in Trauer und Verant-

wortung“. Wichtig sei es, sich immer wieder an die Opfer zu erinnern und Verantwortung für ein „Nie wieder“ in der Zukunft zu übernehmen. In der Stadt Wetzlar gebe es eine Erinnerungskultur bei vielen Anlässen, etwa anlässlich der Pogromnacht oder des Volkstrauertages sowie mit einem „Weg der Erinnerung“ oder in Form der Verlegung von Stolpersteinen.

Die lebendige Erinnerung sei die beste Versicherung gegen Völ-

kerhass und Faschismus. Angesichts eines Umsichgreifens von menschenverachtenden Tönen vor allem in sozialen Medien sei es wichtig, dagegen anzugehen und Haltung zu zeigen, so Wagner. Denn schließlich kann sich keiner herausreden, man habe es nicht gewusst. Wagner betonte, dass ein jeder nicht nur für sein Handeln, sondern in gleichem Maße auch für sein Unterlassen Verantwortung trage.

## STANDPUNKT



Sandra Ihne-Köneke

*Endlich ist die Abstimmung der SPD Mitglieder da und der GroKo steht nichts mehr im Wege. Für mich war schon in den Ergebnissen der Sondierungsgespräche von SPD, CDU und CSU die sozialdemokratische Handschrift unverkennbar.*

*Angefangen von der Pro-Europa Politik bis hin zur kostenlosen Mittagsverpflegung in Schulen. Endlich kommt auch das Recht auf Grundschulbetreuung und die kostenlose Kita. Kostenlose Bildung von Anfang an, ein Ur-sozialdemokratisches Thema. Eng damit verbunden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist ein wichtiger Faktor, um den Fachkräftemangel in vielen Berufszweigen anzugehen. Wir hatten zu keiner Zeit so viele gut ausgebildete Frauen wie heute und es sollte sich in Zukunft keine Frau die Frage stellen: Kind oder Karriere.*

*Im Koalitionsvertrag sind stabile Finanzen für die Kommunen beschrieben, nach dem Motto „wer bestellt bezahlt“. Insofern muss der Bund natürlich auch die tatsächlichen Kosten für die Gebührenbefreiung der Eltern erstatten. Die Kommunen müssen mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden. Zudem wünsche ich allen Eltern, dass sie in den Genuss des Baukindergeldes kommen von 1.200.- Euro pro Kind pro Jahr. Dazu ist es mehr als wünschenswert, dass die unbefristeten Arbeitsverhältnisse wieder die Regel werden sollen, wie es die GroKo umsetzen will.*

*Im Koalitionsvertrag sind 2 Milliarden für den Sozialen Wohnungsbau festgehalten. Davon verspreche ich mir Unterstützung, um den sozialen Wohnungsbau in Wetzlar weiter voran zu bringen. Zudem brauchen wir in unserer Stadt für langzeitarbeitslose Bürgerinnen und Bürger Chancen auf dem sozialen Arbeitsmarkt, dafür sind im Koalitionsvertrag vier Milliarden eingestellt, an denen können wir partizipieren.*

*Es gibt noch viele andere Gründe für die GroKo, aber der wichtigste ist für mich, dass Neuwahlen keine Option gewesen wären, für ein freiheitliches, soziales, demokratisches und solidarisches Deutschland.*

*Einige Parteien schreiben sich Nationalismus und Separatismus wieder auf ihre Fahnen. Dies führt zur Spaltung der Gesellschaft und hat zu keiner Zeit zu einem guten, friedlichen Ergebnis geführt. Es ist gut und richtig, dass die SPD die Regierungsverantwortung annimmt.*

*Regieren und sich erneuern geht auch zusammen. Nur mit der SPD wird die Schere zwischen arm und reich nicht immer weiter auseinander driften. Es sind SPD Politiker, die die aggressive Steuervermeidung von Unternehmen bekämpfen werden. In der Opposition hätten wir längst nicht so viele sozialdemokratische Ziele erreicht. Eine Minderheitsregierung hätte nicht die vielen positiven Veränderungen für die Menschen gebracht, davon bin ich überzeugt.*

*Eine schöne Frühlingszeit.*

*Ihre Sandra Ihne-Köneke*

## Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Wetzlar  
Bergstraße 60, 35578 Wetzlar  
Telefon (06441) 2 09 25 20  
www.spd-wetzlar.de

V.i.S.d.P.: SPD Stadtverband Wetzlar

Verantwortlicher Redakteur:  
Sandra Ihne-Köneke

Redaktion:  
Manfred Wagner, Bärbel Keiner,  
Christopher Bursukis,  
Tim Brückmann, Jörg Kratkey,  
Peter Helmut Weber, Sabrina Zeaiter  
Anzeigen: Heiner Jung

Gestaltung, Satz und Layout:  
heiner Medienservice, Wetzlar

Druck: Frankfurter Societätsdruckerei  
Für den Druck der Wetzlarer Nachrichten wird 100 Prozent Recycling Papier verwendet.

Die CO<sub>2</sub>-Belastung durch den Druck der Zeitung wird kompensiert durch Zahlung in Umweltprojekte von First Climate.



# Dagmar Schmidt: Sachgrundlose Befristung drastisch reduzieren

Durch die Begrenzung von Kettenbefristungen auf maximal fünf Jahre werden Beschäftigte nicht mehr endlos hingehalten

**Fragt man Beschäftigte, was sie sich in Bezug auf ihre Erwerbssituation wünschen, so wünscht sich die Mehrheit ein sicheres und unbefristetes Arbeitsverhältnis.**

In Wirklichkeit sieht es für viele jedoch anders aus: fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag wurde 2016 nur befristet ausgestellt. Insgesamt arbeiten in Deutschland mehr als drei Millionen Beschäftigte in befristeten Arbeitsverhältnissen – die meisten von ihnen unfreiwillig. Nach harten Verhandlungen kann-



**Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag.** Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Seit 2013 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der SPD, und seit Februar 2018 im erweiterten Fraktionsvorstand der Bundestagsfraktion.

te die SPD im Koalitionsvertrag Regelungen mit CDU und CSU treffen, von denen bis zu 400.000 befristet Beschäftigte profitieren können.

## Einschränkung der sachgrundlosen Befristung

So ist es heute: sachgrundlos befristete Arbeitsverträge können über eine Dauer von maximal 24 Monaten dreimal verlängert werden. Erst danach muss die Befristung aufgelöst werden und ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden.

Das haben wir verhandelt: sachgrundlos befristete Arbeitsverträge können über eine Dauer von maximal 18 Monaten nur noch einmal verlängert werden. Zusätzlich sollen in Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch 2,5% der Angestellten ohne Sachgrund befristet angestellt werden dürfen. Wird dagegen verstoßen, werden aus den befristeten unbefristete Arbeitsverträge.

## Abschaffung endloser Kettenverträge

So ist es heute: nach Ablauf der maximalen Befristungsdauer von 24 Monaten kann nach einer Pause von drei Jahren eine erneute Befristung ausgesprochen werden. Das bedeutet für viele Beschäftigte, dass ihre befristeten Verträge in Leiharbeit umgewandelt werden und nach drei Jahren wieder ein befristeter Vertrag ausgestellt wird. Dies ist über eine Dauer von insge-



Jeder kennt das: Unsicherheit um den Arbeitsplatz ist eine große Belastung

samt zehn Jahren zulässig und bedeutet für die Beschäftigten, dass sie keine Planungssicherheit haben.

Das haben wir verhandelt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen insgesamt nicht mehr länger als fünf Jahre mit befristeten Arbeitsverträgen angestellt werden. Zu diesen fünf Jahren zählen nicht nur befristete Anstellungen mit und ohne Sachgrund sondern auch Zeiten der Leiharbeit.

## Das bedeutet konkret für die Beschäftigten:

Wir schränken damit sachgrund-

lose Befristungen drastisch ein und schaffen Kettenbefristungen ab. Laut Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) steigt die Zahl der befristeten Arbeitsverträge mit der Größe des Unternehmens. Demnach liegt der Anteil der sachgrundlosen Befristungen in größeren Unternehmen bei über 5% während es in kleineren nur bei 2,7% liegt.

Insgesamt sind in Deutschland 1,3 Millionen Beschäftigte sachgrundlos befristet. Davon arbeiten fast zwei Drittel – 830.000 – in einem Unternehmen mit mehr als 75 Be-

schäftigten. Nach Schätzungen des IAB können wir die sachgrundlose Befristung um mehr als 400.000 reduzieren.

Durch die Begrenzung von Kettenbefristungen auf maximal fünf Jahre werden Beschäftigte nicht mehr endlos mit befristeten Verträgen hingehalten und erhalten schneller Planungssicherheit.

Wie bei jedem Kompromiss konnten wir auch hier nicht zu 100 Prozent unsere Vorstellungen durchsetzen. Wir können mit dem erzielten Ergebnis aber in einem ersten Schritt strukturelle Verbesserungen für die Beschäftigten erzielen.

## SPD-Mitgliederdialog mit Begrüßung von Neumitgliedern

Angeregte Diskussion zur geplanten Neuauflage der Großen Koalition

**Der in Zusammenarbeit mit dem SPD-Unterbezirk Lahn-Dill und MdB Dagmar Schmidt durchgeführte Mitgliederdialog begann mit der sehr erfreulichen Begrüßung von zwei neuen Mitgliedern. Susanne und Andreas Papsch aus Atzbach wurde das rote Parteibuch überreicht.**

Damit wird der Eintritt in die älteste Partei Deutschlands sichtbar; und dies ist gerade in der heutigen Zeit ein starkes Zeichen für den demokratischen Einsatz um Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Der SPD Ortsverein Lahnau verzeichnet zur Freude seines Vorsitzenden, Christian Walendius, seit Jahresbeginn acht Neueintritte.

Die Teilnehmer diskutierten rege über das Für und Wider einer neuen GROKO



Im Anschluss folgte eine angeregte Diskussion zur geplanten Neuauflage der Koalition im Bund mit der CDU/CSU. Dagmar Schmidt konnte zu allen Fragen umfassende Antworten und Hintergrundinformationen liefern. Ein Schwerpunkt stellte das Thema Pflege dar, dessen Brisanz zwar im Koalitionsvertrag aufgenommen und erkannt wurde, jedoch weiter vorangetrieben werden müsse. Christian Walendius kündigte an, bis zum Sommer eine eigene Themenveranstaltung des Ortsvereins zum Thema Pflege durchzuführen.

Ein weiteres Herzensanliegen für die Mitglieder war die Erwartung, dass die SPD sich wieder stärker als in der letzten GroKo um die Sorgen

und Ängste der Menschen vor sozialem Abstieg kümmern müsse. Ein gut funktionierender und dienender Sozialstaat sei ein sozialdemokratisches Anliegen, wie Dagmar Schmidt betonte.

Deshalb sei es auch wichtig, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig ein Recht auf Weiterbildungsberatung über die Bundesagentur für Arbeit erhalten sollen, um nur einen Ansatz des Koalitionsvertrages aufzugreifen. Die SPD wolle darauf aufbauend langfristig die Weiterbildungschancen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken.

Die chancenorientierte Gestaltung der Digitalisierung sei ein weiteres Thema, dass sich mit sozialdemokratischer Handschrift durch den ganzen Koalitionsvertrag ziehe und bei dem es gelte, die Menschen mitzunehmen anstatt zu überfordern.

Im Laufe der Geschichte habe die SPD immer ein „Verantwortungsgen“ für Deutschland gehabt, betonte die Abgeordnete; und auch jetzt, trotz der schwierigen Ausgangslage nach der Bundestagswahl im letzten Jahr, seien viele gute Ergebnisse für die Menschen herausverhandelt worden. Grundsätzlich müsse die Partei aber die Ergebnisse besser vermitteln, als dies in der letzten Legislaturperiode der Fall gewesen sei.



Andreas und Susanne Papsch erhalten von Christian Walendius und MdB Dagmar Schmidt das rote Parteibuch der SPD

Trotz einer gewissen Skepsis einiger Mitglieder an einer Neuauflage der GroKo, setzte sich die Erkenntnis durch, dass „man Tore nur schießen könne, wenn man auch auf dem Platz stehe“, so die Bemerkung eines langjährigen Mitglieds. Der Ortsvereinsvorsitzende fasste zusammen, dass es ein Trugschluss sei, Opposition bedeute per se eine Erneuerung und Regeneration. Es komme vielmehr darauf an, was man aus der jeweiligen Situation mache, und dass fernab von Personaldebatten wieder Vertrauen aufgebaut werde.

Viele Menschen könnten im jetzigen Stadium und 5 Monate nach der Wahl, bei einem zudem guten Verhandlungsergebnis, nicht nachvollziehen, wenn die SPD sich einer Regierung entziehe. Dagmar Schmidt betonte die Bedeutung der Basis bei diesem Erneuerungsprozess. Ob die SPD in eine Regierung eintritt, entscheide am Ende jedes Mitglied für sich.

Bis zum 20. Februar haben die Mitglieder die Wahlunterlagen erhalten und müssen diese bis 28. Februar wieder absenden, damit die Stimme zählt.

# Doppelhaushalt der Stadt Wetzlar

Dritter und vierter ausgeglichener Haushalt in Folge

**Investieren und konsolidieren schließen sich nicht aus.**

Nachdem der städtische Etat 2016 durch den von Stadtkämmerer Jörg Kratkey (SPD) vorgelegten Nachtragsetat ausgeglichen werden konnte, legte der für die Finanzen verantwortliche Stadtrat auch für 2017 einen ausgeglichenen Haushaltsplan vor.

Für die Jahre 2018 und 2019 betritt die Stadt Wetzlar jetzt Neuland. Erstmals wurde ein Doppelhaushalt vorgelegt, der die Planungen für zwei Haushaltsjahre umfasst. Die Stadt folgte damit, so der Stadtkämmerer, dem guten Beispiel des Lahn-Dill-Kreises, der schon den zweiten Doppelhaushalt hintereinander vorlege, und dem Land Hessen, welches auch mit einem Doppelhaushalt arbeite.

Der Haushaltsausgleich gelingt trotz der verschärften Bedingungen des Gemeindefinanzrechts. Danach gilt ein Haushalt nicht nur dann als ausgeglichen, wenn der Ergebnishaushalt in Einnahmen und Ausgaben mindestens eine „schwarze Null“ aufweist. Vielmehr müsse im Finanzhaushalt auch die ordentliche Tilgung durch den Zahlungsmittelüberschuss (sprich durch Guthaben auf dem städtischen Girokonto) abgedeckt werden. Beide Voraussetzungen werden vom städtischen Doppelhaushalt für beide Haushaltsjahre erfüllt.

Trotz des durch erhebliche Konsolidierungsanstrengungen erreichten Haushaltsausgleichs in-



Die Musikschule auf dem Schillerplatz muss saniert werden

vestiere die Stadt, damit sie weiterhin zukunftsfähig aufgestellt sei. Im Jahre 2018 seien Investitionen in Höhe von rund 18 Millionen Euro geplant. Für 2019 wird von einem Investitionsbedarf in Höhe von 24 Millionen Euro ausgegangen.

Folgende größere Investitionsmaßnahmen sind im städtischen Etat für die kommenden Jahre eingeplant: Der Umbau der Feuerwache I in der Ernst-Leitz-Straße ist mit knapp 8,2 Millionen Euro berücksichtigt. Für die grundsätzliche Sanierung der Musikschule sind 710.000 Euro kassenwirksam und 154.000 als Verpflichtungsermächtigung veranschlagt. Haushalts- und Planungsmittel für die Sanierung des Domblick-Ba-

des sind in Höhe von knapp 4,5 Millionen Euro einkalkuliert. Als weitere große Investition ist der Neubau des Kinder- und Familienzentrums Dalheim vorgesehen, welche kassenwirksam mit rund 600.000 Euro und mit weiteren 5 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung eingeplant ist.

Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Erschließung der Baugebiete „Schattenlänge“ in Münchholzhausen und „Rothenberg“ in Garbenheim veranschlagt. Für den Endausbau des Baugebietes „Hundsrüden II“ in Nauborn ist im Jahre 2019 ein kassenwirksamer Ansatz von 50.000 Euro und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Millionen Euro vorgesehen.

# Jugendforum in Wetzlar

Über 20 Interessierte beim „Kennenlerntag“



Die Kinder und Jugendlichen waren mit viel Engagement bei der Sache

Seit 2013 ist in Wetzlar das Jugendforum wieder aktiv. Jetzt hatten die engagierten Jugendlichen zu einem „Kennenlerntag“ eingeladen, um weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen.

Über 20 Interessierte folgten dem Aufruf und waren, wie ich bei der Präsentation der Ergebnisse und der Fragerunde erleben konnte, mit Engagement und vielen neuen Ideen hochmotiviert bei der Sache, betonte Oberbürgermeister Manfred Wagner, der als Jugend-

dezernent das Jugendforum von Anbeginn an begleitet.

Um einen noch engeren Austausch zwischen dem Jugendforum, das im Übrigen auch Sitz und Stimme im Jugendhilfeausschuss hat und der Stadtspitze zu ermöglichen, wurde ein vierteljährlicher jour fixe vereinbart.

„Wir alle sind Wetzlar“, so der OB. Und daher ist es wichtig, über das Jugendforum auch die Ideen und Anregungen der jungen Wetzlarerinnen und Wetzlarer einzubinden.

# SPD: Straßenbeiträge abschaffen

Ziel der SPD: Straßenausbau aus Steuermitteln des Bundes und des Landes

Am 22. Februar 2018 hat die hessische SPD ihren Programmentwurf für die Landtagswahl vorgestellt. Auch ein Antrag der SPD Lahn-Dill wurde in das Programm aufgenommen.

Im August 2017 hat sich unser Parteitag dafür ausgesprochen, dass die gängige Beitragspraxis zur Finanzierung des kommunalen Straßenausbau geändert wird. Unser Ziel ist, dass kommunaler Straßenbau mit Steuermitteln des Bundes und des Landes finanziert wird und nicht länger die Anlieger zusätzlich belastet werden.

**So ist es heute:**

Die Finanzierung des Straßenausbau liegt in der Verantwortung der jeweiligen Verwaltungsebene. Das bedeutet, für Bundesstraßen ist der Bund zuständig, für Landesstraßen das Land und für kommunale Straßen die Kommunen. Der Bund stellt den Bundesländern Mittel für die Finanzierung des Straßenausbau zur Verfügung. Diese Mittel werden nicht in dem Umfang an die Kommunen weitergegeben, dass sie auf die Erhebung von Beiträgen verzichten können. Die geltende Regelung, eine sogenannte Soll-Vorschrift, sorgt dafür, dass Kommunen wie Wetzlar die Kosten für den kommunalen Straßenausbau auf die Anliegerinnen und Anlieger umlegen müssen. Das



Proteste der Anlieger in Münchholzhausen

belastet nicht nur die Bürgerinnen und Bürger. Es verstärkt auch den Investitionsstau in hessischen Kommunen, da Bauprojekte verschoben werden, um die Anliegerinnen und Anlieger nicht zu sehr zu belasten. Der daraus folgende Verzug führt aber im Endeffekt zu einer größeren Belastung für die Allgemeinheit, da Straßen oft erst dann – und dann zu erhöhten Kosten – erneuert werden können, wenn es zwingend notwendig ist.


**So soll es werden:**

Wir wollen die Straßenbeiträge für Bürgerinnen und Bürger abschaffen ohne die Kommunen stärker zu belasten. Das bedeutet konkret: wir wollen, dass kommunaler Straßenbau aus Landes- und/oder Bundesmitteln finanziert wird. Davon würden nicht nur die Kommunen profitieren, sondern auch die

anliegenden Haushalte, die nicht mehr mit Straßenbeiträgen belastet werden würden.

Im Gegensatz zur hessischen FDP, die lediglich die Verpflichtung zur Beitragserhebung abschaffen möchte, wollen wir den kommunalen Straßenbau komplett aus Steuermitteln finanzieren. Und das mit gutem Grund. Denn wer den Kommunen freistellt, ob sie Straßenbeiträge erheben, ermöglicht es reichen Kommunen auf Beiträge zu verzichten, während die Menschen in armen Kommunen zahlen müssen. Damit wäre es vom Wohnort der Menschen abhängig, ob sie sich am kommunalen Straßenbau beteiligen müssen oder nicht.

Beim Landesparteitag am 9. Juni wird die hessische SPD endgültig über ihr Wahlprogramm abstimmen.



**Farbe bekennen!** Für eine offene und freie Gesellschaft. Für Gerechtigkeit und Respekt. Jetzt in die SPD! [eintreten.spd.de](http://eintreten.spd.de)



■ Beratung ■ Planung ■ Ausführung ■ Handel ■ Service

**...mit uns neue Wege gehen!**

Pflasterarbeiten | Raseneinsaaten | Zaunbau | Ganzjahrespflege | Teichbau  
Fällarbeiten | Trockenmauern | Pflanzungen | Treppenbau | Winterdienst

Rainstraße 19 | 35633 Lahnau - Waldgirmes  
Fon 06441 - 3 14 39 | Fax 06441 - 39 09 53  
[www.theiss-garten.de](http://www.theiss-garten.de) | [info@theiss-garten.de](mailto:info@theiss-garten.de)



Zeitarbeit

Arbeitsvermittlung

Arbeitssicherheit



Lempstraße 23  
35630 Ehringshausen

Tel: 06443 83391-0  
Fax: 06443 83391-29

[panzer@khp-plt.de](mailto:panzer@khp-plt.de)  
[www.khp-plt.de](http://www.khp-plt.de)

# „Hättest Du geschwiegen, wärest Du ein Philosoph geblieben“

Wolfram Dette zeichnet sein verklärtes Bild zu Straßenbeiträgen und seinem Handeln

**Die Lindner-FDP, die sich bei der Frage der Bildung einer Jamaika-Koalition auf Bundesebene am Ende einen schlanken Fuß machte, scheint den Populismus für sich entdeckt zu haben.**

Während sie sich im Deutschen Bundestag an der Seite der AfD darum kümmert, Ängste vor der Rückkehr des Wolfes zu schüren, versucht sie nicht nur im Hessischen Landtag mit dem hessenweiten „Aufregertema“ Straßenbeiträge zu punkten.

Die FDP möchte, wie es ihr Sprecher Jörg-Uwe Hahn beim politischen Aschermittwoch der Wetzlarer Liberalen zum Ausdruck brachte, den Kommunen freistellen, ob sie Straßenbeiträge erheben oder nicht.

Doch dieser typische Reflex liberaler Landespolitiker ändert an der Problemlage für die Kommunen nichts – allenfalls wird nur die Konfliktlinie auf der kommunalen Ebene manifestiert.

Die Konfliktlinie gehört aber auf die Landesebene und zwar aus folgenden Gründen:

Zum einen hat die schwarz-grüne Landesregierung ebenso wie auch die christlich-liberale Vorgängerregierung der kommunalen Familie dringend benötigte Gelder zur Ausgestaltung ihrer Aufgaben entzogen. Dies brachte viele Kommunen erst in die Notlage unausgeglichener Haushalte. Alleine zwischen 2011 und 2015 be-

diente sich das Land in einem Volumen von mehr als 2 Milliarden Euro bei den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Und diese Operation traf naturgemäß die ärmeren Kommunen am stärksten.

Zum anderen wären die ärmeren Kommunen auch im Falle der Umsetzung der FDP-Initiative die Gekniffenen. Während die reichen Städte und Gemeinden das Thema ausblenden könnten, wären die finanzschwächeren gehalten tätig zu werden – über Beiträge oder über die Grundsteuer B.

Ungleiche Belastungen der einzelnen Kommunen und ungleiche Belastungen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner wären die Folge. Ein struktureller Nachteil für die weniger stark an der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung teilhabenden Regionen des Landes, ein weiterer Wettbewerbsnachteil also.

Wenn das System des Beitragsrechts geändert wird, dann kann es gerechterweise nur dadurch verändert werden, dass eben nicht aus kommunalen Mitteln oder Töpfen, die derzeit bereits für die Aufgabenerledigung der kommunalen Familie zur Verfügung stehen, die Finanzierung des Straßenausbau besstritten wird.

Vielmehr müssen neue Quellen, so beispielsweise kommunale Anteile an dem Kfz-Steueraufkommen oder aber dem Aufkommen der Mineralölsteuer bestimmt werden. Denn aus diesen Mitteln wird

ja auch der Ausbau des überregionalen Verkehrsnetzes finanziert.

Doch auch Wolfram Dette, Wetzlarer früherer Oberbürgermeister, sieht sich der Zurückhaltung eines „Elder Statesman“ nicht verpflichtet.

So, als ob er die Systematik und die Rechtslage zu den Straßenausbaubeiträgen nicht kennen würde, fabuliert er darüber, dass er in seiner aktiven Amtszeit immer versucht habe im Konsens mit den Anliegern, Beiträge in einem erträglichen Umfang zu halten.

Er nährt damit den Eindruck, als bestünde bei der Frage der Sanierung und des Ausbaus des Kanalnetzes eine Entscheidungslage, die man nach Gutsherrenart ausüben könne.

Was die Abarbeitung der Ausbau- und Sanierungsbedarfe eines Kanalnetzes anbelangt, gibt es geltendes und zu beachtendes Regelwerk, wie auch bei der Frage, in welchem Umfang Anlieger heranzuziehen sind, weil dies die von allen Stadtverordneten einstimmig beschlossene Satzung in der Stadt Wetzlar vorgibt.

Doch angesichts dieser Zuspitzung des Altoberbürgermeisters erscheinen frühere Gremienvorlagen des von ihm geführten Magistrates mit fehlerhaften Umlagequoten, die in der Zwischenzeit von dem heutigen Magistrat schmerzhaft korrigiert werden mussten, ebenso in einem anderen Licht, wie Themen, die in der Ära Dette

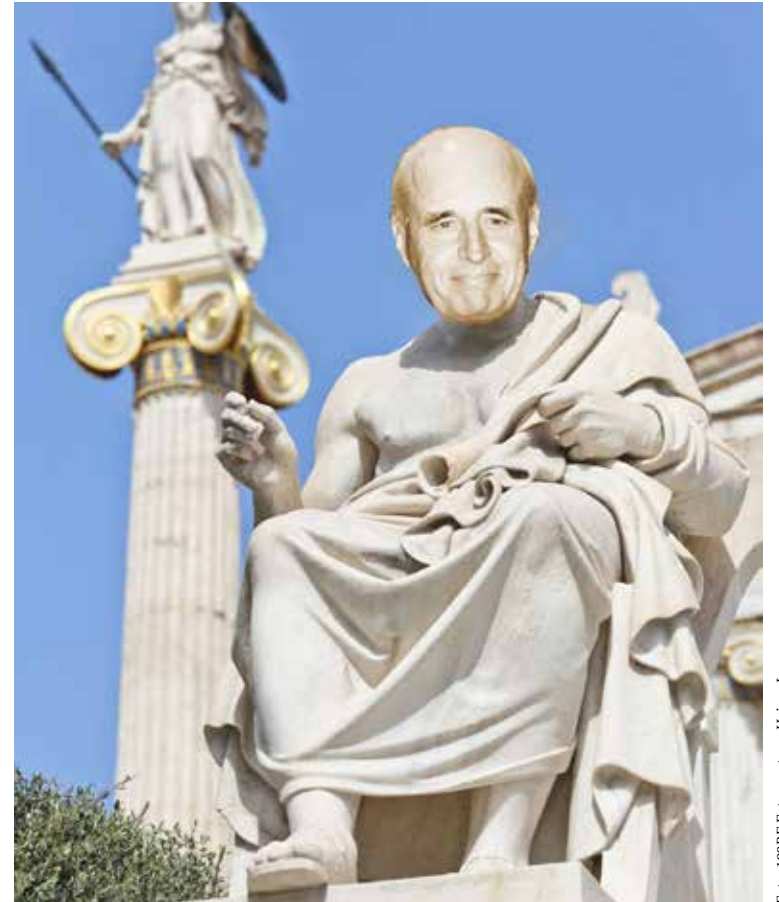


Foto: 123RF, Fotomontage: Heiner Jung

*Es wär so schön gewesen ...*

nicht in Angriff genommen wurden, obwohl es geboten war. Denn dann wäre bereits seit Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts manche Kanalsanierung

und damit auch mancher Straßenausbau in Angriff genommen worden.

Hättest Du geschwiegen, lieber Wolfram ...

## Stadt muss der NPD die Stadthalle überlassen

Das Dilemma der „halbherzigen“ Entscheidung zum NPD Verbot wurde kommunalisiert



Foto: Heiner Jung

In Wetzlar gibt es keinen Platz für Nazis, das zeigten etwa 1.500 Gegendemonstranten im vergangenen Jahr bei einer NPD-Kundgebung

**Das Bundesverfassungsgericht stellte zum Beginn des Jahres 2017 fest, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept verfolgt.**

Nach Ansicht des Richtergremiums will sie die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen, missachte die Menschenwürde und sei mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeite auch planvoll und mit hinreichender In-

tensität auf die Erreichung ihrer Ziele hin. Bis dahin eine klare Kante der Verfassungsrichter.

„Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt“, so der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in seiner Begründung, dem Verbotsantrag des Bundesrates nicht zu folgen.

Wie sich in einzelnen Kommunen zeigt, stellt sich die Konsequenz aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht anders dar, als eine Kommunalisierung des nach wie vor bestehenden Grundproblems.

Das verspürt aktuell auch die Stadt Wetzlar, die nach einer abschließenden Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes nun gehalten ist, der NPD ihre Stadthalle für eine am 24. März 2018 vorgesehene Veranstaltung zu überlassen.

Diese Entscheidung ist eine „Fortsetzung“ der vom Bundesverfassungsgericht bereits manifestierten Linie, die man – ohne Richter-schelte betreiben zu wollen – als nicht konsequent betrachten darf. Schließlich hat das BVerfG neben den nicht verbotenen und den verbotenen Parteien eine weitere, bisher in unserer Rechtsordnung nicht gekannte Kategorie geschaf-

fen. Die klar verfassungswidrige Partei, die nicht verboten ist! Sieht man von der seitens des Bundesverfassungsgerichtes aufgezeigten Möglichkeit des Ausschlusses der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung ab, so gibt es ganz offensichtlich keine weitere Möglichkeit, zwischen ihr und verfassungskonform ausgerichteten Parteien zu differenzieren.

Vielmehr verweist das Gericht auf die grundgesetzlich verbürgte Gleichbehandlung im Wettbewerb mit anderen nicht verbotenen Parteien. Angesichts des Inhaltes des Gleichbehandlungsgrundsatzes, der gebietet, dass natürliche und juristische Personen,

die sich in gleicher Rechtslage befinden, gleich zu behandeln sind, stellt dies eine sehr weit gefasste Interpretation dar.

Denn: So unterschiedlich die ansonsten im Wettbewerb stehenden Parteien in den politischen Zielsetzungen und Inhalten auch sein mögen – sieht man von einzelnen „Sektierern“ ab, so klar eint sie im Gegensatz zur NPD doch eines: Sie stehen auf dem Boden unserer Verfassung.

Dies muss nach Ansicht der Gerichte von der Gemeinschaft ausgehalten werden – und im Zweifel, wie wir jetzt in Wetzlar wohl erleben dürfen – von der örtlichen Gemeinschaft!

**BÖKELS KOLUMNE**

Wenige Tage vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe der „Wetzlarer Nachrichten“ sitze ich wie üblich vor meinem PC und überlege, welchem Thema ich mich diesmal widmen sollte. Nach 52 Jahre Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei und davon 36 Jahren – beginnend 1972 als Erster Beigeordneter in Atzbach – in unterschiedlichen Ämtern unterwegs, reizt es mich natürlich, ein paar Takte zu meiner guten, alten SPD zu schreiben. Doch das Risiko, etwas zur ganz aktuellen Politik zu schreiben, ist mir zu groß. Wer weiß in diesen turbulenten Berliner Zeiten schon, was morgen sein wird?



So widme ich mich heute einem Thema, dessen Zeithorizont Jahrhunderte, ja eine Million Jahre umfassen wird: der Endlagerung des Atommülls. Weltweit wird weiter Atomstrom produziert, weltweit fällt hochradioaktiver Atommüll an und weltweit gibt es noch keine Möglichkeit der Endlagerung dieses hochgefährlichen Abfalls.



Im kleinen Finnland wird nun weltweit das erste Endlager gebaut: drei Stunden von Helsinki entfernt, 420 Meter unter der Erde in der Gemeinde Eurajoki auf der kleinen Insel Olkiluoto. Und weder in dem 6.000-Einwohner-Städtchen noch der Umgebung regt sich nennenswerter Widerstand. So wie in den vergangenen Jahrzehnten. Die Kommune lebt seit langem von einem auf seinem Gebiet

errichteten Atomkraftwerk. Der Kraftwerksbetreiber ist der größte Arbeitgeber. Der Bürgermeister ist auch wegen des Endlagers unbesorgt: „Wenn die Experten sagen, das macht keine Probleme, dann vertrauen wir ihnen.“ Und die Experten sagen: der zwei Milliarden alte Granitfelsen ist ideal geeignet, den hochradioaktiven Schrott sicher zu verbuddeln.



Und da Deutschland den im eigenen Land produzierten Atommüll nicht – wie etwa Millionen Tonnen nichtradioaktiven Sonder- oder Plastikmüll – ins Ausland verbringen kann, muss auch in unserem Land eine Endlagerstätte gefunden werden. Die für diesen Zweck gegründete „Bundesgesellschaft für Endlagerung“ soll bis 2031 den am besten geeigneten Ort für die Endlagerung des stark strahlenden Atommülls finden. Die Deutsche Umweltstiftung ist skeptisch und geht davon aus, dass dies nicht vor 2050 erfolgen wird. Ob zehn oder zwanzig Jahre später – was soll’s bei den ins Auge gefassten Dimensionen: eine Million Jahre soll der gefährliche Atommüll im deutschen Endlager sicher verwahrt werden. Ein ambitioniertes Ziel. Rechnen wir kurz nach: eine Million Jahre entsprechen 500 Mal von Christi Geburt bis in unsere Tage. Nur die jungen LeserInnen werden also mitverfolgen können, wie und wo der deutsche Ort der Endlagerung gefunden wird. Das lässt sich allerdings voraussagen: die Erfahrungen mit den Protesten um das Zwischenlager in Gorleben lassen harte, hoffentlich gewaltfreie, Auseinandersetzungen erwarten wenn es um eine konkrete Standortauswahl gehen wird.



Foto: Wikipedia / User: Rehman

Atomkraftwerk Cattenom

Einen Vorgeschmack davon bekommen aktuell unsere französischen Nachbarn. Vor einigen Wochen wurde in Frankreich – nach langen Vorprüfungen – entschieden, ein unterirdisches Endlager in dem 86-Einwohner-Dorf Bure in Lothringen zu bauen. Etwa 2026 soll dann mit der Einlagerung begonnen werden. Die endgültige Verschließung ist für etwa 120 Jahre später um das Jahr 2145 vorgesehen. Zwar gibt es auch in Lothringen schon erste Proteste gegen den „cimetière atomique“, den Atomfriedhof. Aber vor allem aus dem Saarland zeichnet sich über alle Parteigrenzen hinweg ein heftiger Widerstand ab. Der Heilige Sankt Florian lässt aus dem etwa 150 km entfernten kleinsten deutschen Flächenland grüßen – wobei man den Saarländern zu Gute

halten muss, dass ihre Ängste auch damit zu tun haben, dass das französische Pannen-Atom-Kraftwerk Cattenom nur etwa 60 km entfernt liegt und nicht damit zu rechnen ist, dass das mittelfristig geschlossen wird.



Denn von einem Ausstieg aus der Atomenergie – wie in Deutschland – kann bei unseren französischen Nachbarn wahrlich nicht gesprochen werden. Im Gegenteil. Und sie exportieren fleißig Atomkraftwerke. Präsident Emmanuel Macron war gerade in China und kam mit einem 10-Milliarden-Großauftrag für den französischen Konzern Areva zum Bau einer ersten Wiederaufarbeitungsanlage in China zurück. Im englischen Distrikt Sommerset bauen die Franzosen gerade einen neuen Atommeiler – allerdings mit erheblichen finanziellen Problemen und Kostensteigerungen in der Größenordnung der Kostenexplosionen des Berliner Flughafens und des Bahnprojekts Stuttgart 21. Und sicher waren und sind an allen drei Großprojekten Experten am Werk.



Apropos Kosten. Für die Errichtung der Endlagerung in Lothringen werden in Frankreich vorläufig 25 bis 35 Milliarden Euro eingeplant. Nach jedem größeren Bauabschnitt sollen die Kosten neu geschätzt werden. Die großen Energiekonzerne planen eine Beteiligung von 20 Milliarden ein, den Rest und das Risiko tragen der Staat und damit die französischen Steuerzahler. Nicht viel anders sieht es bei uns aus. Die deutschen Atomkonzerne haben sich, an-



Gerhard Bökel war seit 1978 Landtagsabgeordneter für Wetzlar, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und später Innen- und Landwirtschaftsminister. Lebt in Frankfurt und in der Nähe von Avignon.

ders kann man es nicht ausdrücken, für die erst in Jahrzehnten realisierbare Endlagerung freigekauft. Knapp 24 Milliarden Euro zahlen sie in einen Staatsfonds. Verwaltet werden soll das Geld von Investmentexperten (auch hier „Experten“...) mit dem Ziel, das Vermögen bis zum Beginn der Errichtung des Endlagers zu vermehren. Eine mutige Entscheidung. Denn reicht das Fondvermögen dann nicht, muss der fehlende Betrag aus der Staatskasse berappt werden.



Und auch zum Schluss doch noch ein paar Worte zu meiner SPD. Ja, es ist in diesen Tagen nicht immer einfach gewesen, sich zu ihr zu bekennen. Und nicht nur mich überkam manchmal Scham und Wut über die Wendemanöver und den erstaunlichen Dilettantismus so mancher Spitzengenossen. Aber ich bin nicht nur aus alter Anhänglichkeit überzeugt: die deutsche Sozialdemokratie muss und sie wird sich erneuern. Sie wird gebraucht.

# Hessenkasse – Fluch oder Segen?

## Das Land Hessen hat seine Mitverantwortung für die Finanzlage der hessischen Kommunen erkannt

**Gerade die hessischen Städte und Landkreise weisen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise noch hohe Kassenkredite auf.**

Der Kassenkredit entspricht dabei dem im Privaten bekannten überzogenen Girokonto. Auch die Stadt Wetzlar hat Kassenkredite aufgenommen, um ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen zu können. In der Spitze waren dies über 70 Millionen Euro vor knapp zweieinhalb Jahren.

Zum Jahresende 2017 konnte dieser Betrag durch erhebliche und teils drastische Konsolidierungsschritte auf rd. 36 Millionen Euro fast halbiert werden, so Stadtkämmerer Jörg Kratkey (SPD).

Das Land Hessen habe seine Mitverantwortung für die Finanzlage der hessischen Kommunen erkannt und plane deshalb, ein Entschuldungsprogramm zur Ablösung der Kassenkredite. Diese angesichts der Verantwortung des Landes als Gesetzgeber für den Aufgabenbestand – und damit auch für die Ausgaben – der Kommunen löbliche Idee leide jedoch daran, dass die Kommunen rund 80 Prozent der für das Entschuldungsprogramm vorgesehenen Fi-

nanzmittel selbst direkt oder indirekt aufbringen müssten.

Für die Stadt Wetzlar steht derzeit eine Entschuldungshilfe von voraussichtlich bis zu 24 Millionen Euro im Raum. Diese Kredite würden zur Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) umgeschuldet und dann getilgt werden.

Zur Tilgung hat die Kommune einen Eigenbeitrag in Höhe von 25 Euro pro Einwohner und Jahr zu leisten. Bei 52.000 Einwohnern stellt dies einen Betrag von ca. 1,3 Millionen Euro dar.

Das Land gibt aus dem Landeshaushalt, aber nicht aus Landesmitteln, denselben Betrag hinzu. Damit stehen 2,6 Millionen Euro für Zins und Tilgung der städtischen Kassenkredite zur Verfügung.

In Anbetracht der derzeit niedrigen Zinsen eine dem Grunde nach gute Idee, zumal die Kassenkredite damit in gut neuneinhalb Jahren getilgt wären.

Dies gefällt im Prinzip auch dem Kämmerer. Allerdings sei es finanztechnisch nicht in Ordnung, dass die Kommunen neben dem Eigenanteil auch den Löwenanteil, der aus dem Landeshaushalt

beigesteuert werden solle, letztlich selbst zu bezahlen haben. Zum einen werde ein Teil aus dem den Kommunen zustehenden Steuerverbund entnommen.

Diese Mittel stünden dann für Schlüsselzuweisungen nicht mehr zur Verfügung. Daneben erhöhe das Land die Gewerbesteuerumlage, die die Kommunen an das Land abzuführen hätten. Und das für die gesamte Laufzeit des Entschuldungsprogramms.

Dieses Vorhaben ist in Anbetracht der teilweise hohen Kassenkredite einzelner Kommunen bis zum Jahre 2049 angelegt. Zusammen genommen müsste die Gemeinschaft der hessischen Kommunen daher 80 % der Kostenlast stemmen, während das Land aus originären Landesmitteln nur knapp 20 Prozent beisteuert.

Trotz dieser Kritik werde die Stadt Wetzlar in die Hessenkasse einsteigen, sofern die Stadtverordnetenversammlung zustimme. Dies bekräftigte der Stadtkämmerer, zumal die Alternative, sprich eine alleinige Tilgung der Kassenkredite, die Finanzbelastung durch niedrigere Schlüsselzuweisungen und durch eine höhere Gewerbesteuerumlage nicht verhindere.



■ Beratung ■ Planung ■ Ausführung ■ Handel ■ Service

Zur Verstärkung unseres Gartenbauteams suchen wir:

**Gartenbaumeister /  
Techniker (m/w)**

**Ihre Aufgaben:**  
- Teamleiter /in  
- Arbeitsplanung / Logistik  
- praktische Mitarbeit im Team

**Sehr gute übertarifliche Bezahlung  
bei geeigneter Qualifikation**

**Ihre Qualifikation:**  
- abgeschlossene Berufsausbildung  
- Abschluss zum Meister /in bzw. Techniker /in  
- Führerschein B & C1E

**Landschaftsgärtner (m/w)**

**Ihre Aufgaben:**  
- praktische Mitarbeit im Team

**Ihre Qualifikation:**  
- abgeschlossene Berufsausbildung  
- Führerschein B & C1E

Wir bieten Ihnen eine ganzjährige Beschäftigung und eine betriebliche Altersvorsorge. Haben Sie Lust in einem motiviertem Team zu arbeiten? Dann bewerben Sie sich unter:

Rainstraße 19 | 35633 Lahnu - Waldgirmes  
Fon 06441 - 3 14 39 | Fax 06441 - 39 09 53  
www.theiss-garten.de | info@theiss-garten.de

Foto: Heiner Jung



**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

ich fahre jeden Morgen gerne zur Arbeit.

Seit 2006 arbeite ich als Landrat für die Menschen im Lahn-Dill-Kreis, für unsere Heimat mit ihren 23 Städten und Gemeinden. Ich arbeite mit Freude. Denn ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, damit Sie und Ihre Familien im Lahn-Dill-Kreis gern leben und gute Arbeit finden. Damit Sie Familie – sei es mit Kindern oder als pflegende Angehörige – und Beruf unter einen Hut bekommen. Damit bei Ihnen zu Hause, und sei es im kleinsten Dorf, das Internet nicht ruckelt. Damit Sie in Auto oder Bus nicht von Schlagloch zu Schlagloch zuckeln. Damit Sie sicher leben. Und damit die, die unsere Unterstützung brauchen, Hilfe und Beratung erfahren. Für all das und vieles mehr kann ich als Landrat mehr tun, als es anderen möglich ist.

Sie können auf mich als Landrat und mein Engagement zählen. Egal, worum es geht. Ich packe an. Und zwar so, wie Sie mich kennen: Energisch, direkt und entschlossen. Es liegt mir am Herzen, auch weiterhin als Ihr Landrat arbeiten zu dürfen. Bitte unterstützen Sie mich mit Ihrer Stimme!

Stärken Sie unsere Demokratie und gehen Sie unbedingt wählen.

Herzlichst

Ihr Wolfgang Schuster



**LANDRAT  
WOLFGANG SCHUSTER.  
EINER VON UNS.**







Foto: Nicole Zey

## Die Heimat ist mir wichtig!

In unserem Landkreis trifft eine hoch industrialisierte Wirtschaft auf landschaftliche und kulturelle Vielfalt. Viele Menschen setzen sich hier bei uns für andere ein – im Beruf und im Ehrenamt.

Für unsere Zukunft müssen wir heute die Weichen richtig stellen:

- Familienfreundlicher Lahn-Dill-Kreis
- Gute Arbeit und starke Wirtschaft im Lahn-Dill-Kreis
- Zusammenleben – mit und ohne Migrationshintergrund
- Bildung für alle
- Geordnete Finanzen
- Digitalisierung und Breitbandausbau
- Mobil im Lahn-Dill-Kreis
- Gesunde Umwelt im Lahn-Dill-Kreis
- Füreinander eintreten im Ehrenamt
- Einfluss und Einsatz für den Lahn-Dill-Kreis



Fordern Sie mein Wahlprogramm an:  
 SPD UB Lahn-Dill · Bergstraße 60 · 35578 Wetzlar  
 Telefon 064 41 20 92 50 · E-Mail: [ub.lahn-dill@spd.de](mailto:ub.lahn-dill@spd.de)  
 Internet: [www.wolfgang-schuster.de/programm](http://www.wolfgang-schuster.de/programm)

## Viel erreicht. Viel vor.

Warum leben wir gerne im Lahn-Dill-Kreis? Was macht unsere Region aus? Moderne Schulen, der Breitbandausbau, familienfreundliche Lebens- und Arbeitsbedingungen, eine stabile Wirtschaft, ein gut funktionierender Tourismus und nachhaltige Konzepte für den Energie- und Klimaschutz – das sind Themen, an denen wir in der Vergangenheit hart gearbeitet haben und die wir selbstverständlich auch in den nächsten Jahren weiter voran bringen möchten.

Nicht alles, was in den kommenden sechs Jahren unser Leben an Lahn und Dill beeinflussen wird, lässt sich heute schon absehen. Dass wir 2009 in eine schwere Wirtschaftskrise, die schwerste seit dem Zweiten Weltkrieg, rutschen würden, wusste bei der Landratswahl 2006 keiner.

Dass wir im Lahn-Dill-Kreis 2015/2016 über 5.000 Flüchtlinge aufnehmen mussten, ahnte bei der Wahl 2012 niemand. Ich bin froh, dass wir diese und andere harte Belastungsproben gemeinsam gut bewältigt haben.

Ich zitiere den Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer (gest. 23.09.2016):

„Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber, dass es nicht wieder geschieht, dafür schon!“

### Ohne Demokratie ist alles nichts.

Auch diese Einstellung prägt meine politische Arbeit und ich werde für diese Demokratie als Landrat weiter kämpfen.

Ich werde mich auch in den nächsten Jahren mit aller Kraft für Sie und unsere Heimat einsetzen.

**Dafür bitte ich erneut um Ihre Stimme bei der Landratswahl am 27. Mai 2018.**




Fotos: IZBRF


## HEIMAT AN LAHN UND DILL



[@landratschuster](https://www.facebook.com/landratschuster) · [www.wolfgang-schuster.de](http://www.wolfgang-schuster.de)

 **Jetzt schon wählen** – Ab Anfang April per **Briefwahl!** Bequem mit dem Antrag auf einen Wahlschein bei der Gemeindeverwaltung Ihres Hauptwohnortes.

**Unterstützen Sie Wolfgang Schuster** mit Ihrer Stimme bei seiner Wiederwahl zum Landrat.

 **Farbe bekennen!** Für eine offene und freie Gesellschaft. Für Gerechtigkeit und Respekt. Jetzt in die SPD! [eintreten.spd.de](http://eintreten.spd.de)

# Rahmenplan für mehr Lebensqualität in Dalheim

Mit dem Rahmenplan wird die Grundlage für die Umsetzung von zielgerichteten Maßnahmen und Aktivitäten beschlossen

Die Stadt Wetzlar wurde mit dem Quartier „Dalheim und Altenberger Straße“ 2014 per Bescheid des Landes Hessen zum 3. Mal in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ – Investitionen im Quartier aufgenommen.

Im August 2016 wurde die NH ProjektStadt, eine Marke der Nassauischen Heimstädte/Wohnstadt, mit der Erstellung des Rahmenplans als Integriertes Handlungskonzept (IHK) beauftragt.

Mit dem Rahmenplan wird die Grundlage für die Umsetzung von zielgerichteten Maßnahmen und Aktivitäten im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung unter maßgeblicher Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner für das Quartier vorgelegt. Die Hessische Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ unterstützt die nachhaltige Entwicklung in Stadtteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen, städtebaulichen und ökologischen Problemen.

Im Programmgebiet dominiert Wohnen die Nutzungsstruktur. Die Bebauung ist heterogen und das Verhältnis von privatem Eigentum und Mietwohnungsbau ausgeglichen. Die Wohnungsbaugesellschaften investieren seit Jahren in die energetische Sanierung und Modernisierung und werden auch noch die nächsten Jahre Veränderungen vornehmen. Die Bundesstraße 49 bildet eine Zäsur im Programmgebiet. Es gibt unterschiedliche Zugehörigkeitsgefühle, der

Menschen im Stadtteil zwischen Dalheim und der Altenberger Straße und auch zwischen der Altenberger Straße und der Bredowsiedlung. Es gibt einen hohen Anteil an alten Menschen im Stadtteil. Die Identifikation mit dem gesamten Stadtteil ist gering.

Zu den Stärken der Bezirke Dalheim und Altenberger Straße gehört die positive Bevölkerungsentwicklung sowie eine hohe Internationalität. Es gibt zwei Kindertagesstätten, eine Grundschule und eine Gesamtschule.

Die Nachmittagsangebote für die Schüler und Schülerinnen werden stark nachgefragt. Durch erschweringliche Immobilienpreise und Mieten gibt es einen Zuzug von jungen Paaren und Familien mit Kindern. Es gibt einige Sportangebote und Vereinsleben.

Als lokalen Arbeitgeber gibt es den ERF Medien e.V., eine Bäckerei und das Mehrgenerationenhaus. Im Mehrgenerationenhaus findet nicht nur Begegnung statt, sondern auch das BIWAQ Projekt zur beruflichen Integration von Frauen. Das Projektgebiet hat eine gute regionale, sowie eine überregionale Verkehrsanbindung und eine überregionale Radwegverbindung. Grün- und Freiflächen im Programmgebiet sind zahlreich vorhanden und fußläufig zu erreichen. Bewohner im Stadtgebiet haben ein hohes Sicherheitsgefühl.

Trotz vieler positiver Entwicklungen in den letzten Jahren gibt es noch viele Probleme und Her-

ausforderungen. Im städtebaulichen Bereich gibt es besonders in der Altenbergerstraße und der Bredow-Siedlung Verschönerungsbedarf zwischen den Mehrfamilienhäusern und an den Fassaden.

Für alte Menschen und Behinderte fehlt zumeist die Barrierefreiheit und altersgerechte Gestaltung. Es besteht Bedarf an guten Spiel- und Freiflächen für Kinder und Jugendliche.

Im ökologischen Bereich gibt es Belastungen durch Altablagerungen und Bergsenkung. Der Verschmutzungsgrad ist an manchen Orten extrem hoch. Im sozialen Bereich sind die Abweichungen zu den anderen Stadtteilen sehr auffallend. Es gibt einen hohen Anteil an ALG II Bezieherinnen und Beziehern, davon viele Alleinerziehende. Ebenfalls hoch ist die Zahl an Menschen, die Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

Die Jugendkriminalität ist überdurchschnittlich hoch ebenso wie der Anteil an Kindern mit Förderbedarf. Es gibt zu wenig Tagesplätze für Kinder im Kitabereich und in der Schule. Der Bewilligungsbescheid für das neue Familienzentrum ist schon eingegangen bei der Stadt und es kann in Kürze mit dem Neubau begonnen werden.

Sehr bedenklich ist auch die geringe Wahlbeteiligung. Durch die verschiedenen Beteiligungsformen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der „Sozialen Stadt“ wird in Zukunft das De-



Der Stadtteil Dalheim

Foto: Heiner Jung

mokratieverständnis gestärkt.

Im wirtschaftlichen Bereich gibt es zu wenig Einzelhandel und Gastronomie im Stadtteil und auch die medizinische Versorgung muss im Blick gehalten werden.

Um Lösungen zu finden für die vielfältigen multikausalen Probleme, wurde ein Stadtteilbeirat gegründet, der schon seine Arbeit aufgenommen hat. Grundlage des Rahmenplans ist und war die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, denn nur mit ihnen kann es zu akzeptablen und guten Ver-

änderungen in Dalheim kommen. Aus dem Partizipationsprozess mit den Bürgern in der Form mehrerer Bewohner-Workshops sind 53 Handlungsmaßnahmen hervorgegangen, die nach und nach in Zukunft abgearbeitet werden. Der Rahmenplan Soziale Stadt Dalheim ist auf 10 Jahre angelegt und hat ein Volumen von ca. 19 Millionen Euro. Also ca. 1,9 Millionen im Jahr. Es ist gut angelegtes Geld, um die Lebensqualität der Menschen in Dalheim und darüber hinaus zu verbessern.

## Essen für einen guten Zweck

Traditionelles Heringessen der SPD Hermannstein-Blasbach

Auch in diesem Jahr veranstaltete die SPD Hermannstein-Blasbach ihr traditionelles Heringessen im evangelischen Gemeindehaus in Hermannstein.

Zum 22. Mal fand das Essen für einen guten Zweck mit einem politischen Aschermittwoch statt.

Wie in jedem Jahr wurde den rund 50 Teilnehmern ein buntes Programm geboten.

Neben politischen Grußworten des Unterbezirksvorsitzenden und Landratskandidaten Wolfgang Schuster (Landrat), der SPD Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt (MdB) und des Stadtverbandsvorsitzenden Manfred Wagner (OB Wetzlar), stellte sich auch die frisch gekürte Landtagskandidatin Cirsten Kunz aus Aßlar den Genossinnen und Genossen in Hermannstein und den Gästen des Heringessens vor.

Der Abend wurde nach dem Essen der Heringe abgerundet durch eine heitere Lesung mit Musik von Frank Mignon, der unter anderem das Beste aus 12 Monaten frank & frei vortrug.

Der Erlös aus dieser Veranstaltung geht an die Hermannsteiner und Blasbacher Kindergärten, die hervorragende Leistungen im Bereich der frühkindlichen Bildung vollbringen.



Frank Mignon war zu Gast



OB Manfred Wagner, Landtagskandidatin der SPD Cirsten Kunz, MdB Dagmar Schmidt, Landrat Wolfgang Schuster und die SPD-Vorsitzende von Hermannstein Sabrina Zeaiter

## Urkunde in Berlin überreicht

„Shanty“ Jann Saathoff bei MdB Dagmar Schmidt



Von links: MdB Dagmar Schmidt, Jann Saathoff und seine Frau Agnes

„Mit dem Shanty-Chor in Wetzlar kann in Berlin keiner mithalten.“ stellte Jann Saathoff bei seinem Treffen mit der Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt fest.

Der Wahlberliner aus Wetzlar war am Montag, 29.01.2018, mit seiner Frau Agnes zu Gast im Berliner Abgeordnetenbüro von Dagmar Schmidt, um seine Ehrenurkunde für 10 Jahre Mitgliedschaft in der Marinekameradschaft Wetzlar entgegen zu nehmen.

Da Saathoff nicht am Sommerfest der Marinekameradschaft im Juli 2017 teilnehmen konnte, hatte

der 1. Vorsitzende Günter Schmidt vorgeschlagen, dass dies die hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete in Berlin nachholen könne.

„Nachdem ich bereits beim Sommerfest die Urkunden überreichen durfte, freue ich mich sehr, Ihnen heute Ihre Ehrenurkunde hier in Berlin zu überreichen.“, bedankte sich Dagmar Schmidt im Namen der Marinekameradschaft Wetzlar bei Herrn Saathoff für seine langjährige Mitgliedschaft im Deutschen Marinebund, der Marinekameradschaft Wetzlar und dem Shanty-Chor „Achter Diek“.

# Klarheit über Möbelsammlung im Palais Papius

Stadt beauftragt Kunsthistoriker, um die Herkunft der Sammlungsexponate zu überprüfen

**Die Stadt Wetzlar lässt den gesamten Bestand der Kunstsammlung Lemmers-Danforth für europäische Wohnkultur im Palais Papius auf ihre Herkunft überprüfen.**

Sie hat dazu den Kunsthistoriker und Provenienzforscher Dr. Udo Felbinger beauftragt, der diese Aufgabe in einem 18-monatigen Werkvertrag erfüllen wird, teilte Kulturdezernent Jörg Kratkey (SPD) jetzt mit. Felbinger hat Erfahrung in der Provenienzforschung und u.a. auch an der Erforschung der Gurlitt-Sammlung mitgearbeitet. Hintergrund ist, dass es in den vergangenen Jahren bei einigen Stücken der Sammlung Rückgabeforderungen von Alteigentümern oder deren Erben gab, weil sie den ursprünglichen jüdischen Eigentümern zwischen 1933 und 1945 zu Unrecht entzogen worden waren und damit als „NS-Raubkunst“ einzustufen sind. Von zehn Rückgabeforderungen hatten sich sechs Fälle als stichhaltig erwiesen und zur Rückgabe geführt.

Zuletzt waren im September 2017 zwei Stifterscheiben an die Alteigentümer in den USA zurückgegeben worden. Die Stadt möchte nun Klarheit über die gesamte Sammlung, so Kulturdezernent

Kratkey, da die Herkunftsnachweise der ursprünglichen Privatsammlung lückenhaft seien. Finanziell gefördert wird die Untersuchung von der Stiftung Deutsches Zentrum für Kulturgutverluste.

Mit der Provenienzforschung sei keinerlei Vorwurf an die Sammlerin, die Kinderärztin Irmgard von Lemmers-Danforth (1892-1984), verbunden, betonte Kratkey. Es gebe keinen Zweifel, dass sie die Stücke in gutem Glauben erworben habe. Dennoch könne es sein, dass sie zuvor vom nationalsozialistischen Staat zu Unrecht enteignet worden seien. Bisher habe man bei Rückgabeforderungen Einzelexpertisen anfertigen lassen, mit der kompletten Untersuchung wolle man nun aktiv statt reaktiv tätig werden und vollständige Transparenz schaffen. Museumsleiterin Eichler erläuterte, dass in vergleichbaren Sammlungen etwa bei fünf Prozent der Exponate eine Einstufung als „NS-Raubkunst“ erfolgt sei.

Kunsthistoriker Udo Felbinger wird in den kommenden Monaten die Exponate der Möbelsammlung Lemmers-Danforth auf ihre Herkunft untersuchen. Forscher Felbinger sagte, dass er sich zunächst auf die Objekte konzentrieren wolle, die vor 1945 gekauft worden seien. Er werde historische Auktionskataloge durchsuchen, den Frankfurter Kunstmarkt betrachten und auch das kunsthistorische Dokumentationszentrum in Den Haag einbeziehen. Die Sammlung Lemmers-Dan-



Foto: presse03-Wikipedia

Das Palais Papius beheimatet die Kunstsammlung Lemmers-Danforth für europäische Wohnkultur

forth umfasst 435 Exponate, davon 160 Möbelstücke, acht Bodenstanduhren, 21 Goldschmiedeobjekte, 14 Gemälde, 14 Skulpturen, 124 Keramiken und sieben Wandteppiche aus vier Jahrhunderten. Die Stadt Wetzlar hatte die private Sammlung nach dem Tod

der Sammlerin in den Bestand der Städtischen Museen übernommen. Bei nachgewiesener fragwürdiger Herkunft werde der Kontakt zu den Alteigentümern gesucht, so Dezernent Kratkey, oder es erfolge eine Einstellung in die „Lost-Art-Datenbank“.

## Landratswahl – Kneift die CDU?

Kein Kandidat der CDU in Sicht und die Frist zur Bewerbung läuft bald ab  
Dominic Harapat von „Die Partei“ bisher einziger Herausforderer

**Am 27. Mai 2018 ist Landratswahl. Der beliebte und volksnahe Landrat Wolfgang Schuster (SPD) stellt sich zur Wiederwahl.**

Nach 12 Jahren im Amt hat er den Landkreis unter anderem durch seine Digitalisierungsoffensive mit schnellem Internet versorgt und die knapp 100 Schulen des Landkreises einem Sanierungs- und Erneuerungsprogramm unterzogen, welches konsequent fortgesetzt wird.

Kenner der politischen Szene haben trotz Schusters unstrittiger Erfolge erwartet, dass die größte Oppositionspartei im Kreistag,

die CDU, einen Gegenkandidaten benennt. Doch davon ist weit und breit nichts zu hören und zu sehen. Selbst der Kreisparteitag der „Schwarzen“ im Januar, währenddessen unter anderem ein nur marginal veränderter Kreisvorstand gewählt wurde, wurde nicht genutzt, um eine Kandidatin oder einen Kandidaten zu präsentieren. Dabei war das in Anbetracht der geltenden Fristen fast die letzte Chance, noch jemanden zu benennen. Denn die Zeit ab Januar bis Mai wäre ohnehin schon äußerst knapp bemessen gewesen, um jemanden vor der Wahl noch in einem Landkreis mit über 250.000 Einwohnern und fast 1.100 Quadratkilometern Fläche und über 150 Ortschaften in 23 Städten und Gemeinden öffentlich bekannt zu machen.

Versucht wurde offenbar, den im vergangenen Jahr nachrückten Landtagsabgeordneten Frank Steinrath zu einer Kandidatur zu bewegen. Doch dieser habe dem Vernehmen nach dankend abgewunken, weil er sich im Herbst 2018 der Wahl des neuen Hessischen Landtags stellen wolle.

In allen bisherigen Direktwahlen des Landrats für den Lahn-Dill-Kreis sind die CDU-Kandidaten denen der SPD unterlegen (1994 Hans-Jürgen Irmer und 2000 Elisabeth Müller gegen Dr. Karl Ihmels; 2006 Elisabeth Müller und 2012 Jörg-Michael Müller gegen Wolfgang Schuster).

Daher herrscht in der Kreativab-



Foto: Heiner Jung

Dominic Harapat (Die Partei) (links) und Landrat Wolfgang Schuster (SPD) sind bisher die einzigen Bewerber bei der Landratswahl am 27. Mai

teilung der CDU offenkundig kein Gedrängel für eine möglicherweise erneut erfolglose Kandidatur.

Noch ist Zeit, um einen Kandidaten zu benennen. Das Zeitfenster schließt sich aber am 19. März 2018 um 18 Uhr endgültig, weil bis dahin alle Wahlvorschläge verbindlich bei Kreiswahlleiter Reinhard Strack-Schmalor vorliegen müssen.

Momentan sieht es aber so aus, als würde die Landratsdirektwahl 2018 erstmals ohne einen CDU-Kandidaten stattfinden müssen. Für eine Partei, die sich rühmt, der erfolgreichste CDU-Kreisverband in Hessen zu sein, eigentlich ein Armutszeugnis, stellt dies doch letztlich die Verweigerung einer demokratisch ermöglichten Auswahl zwischen mehreren Kandidaten dar.

## Spende für die Tafeln

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen übergibt Scheck über 60.000 Euro



**Der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Gerhard Grandke, hat jetzt in Wetzlar gemeinsam mit dem Vorstandsmitglied der Sparkasse Wetzlar, Stefan Hofmann, dem Landesverband der Hessischen Tafeln mit seinem Spendenscheck im Wert von 60.000 Euro übergeben.**

OB Manfred Wagner: „Gemeinsam mit Landrat Wolfgang Schuster, mit dem ich auch dem Verwaltungsrat der Sparkasse Wetzlar angehöre, habe ich diese Großspende aus der Sparkassenfamilie, die für den weiteren Ausbau der Logistik-Infrastruktur der hessischen Tafeln von großer Bedeutung ist, nachhaltig begrüßt.“

Deutschland geht es derzeit gut,

doch nicht alle können daran teilhaben. Nicht zuletzt aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wissen wir, dass nicht nur Reichtum und Lebenschancen vererbt werden, sondern auch Armut an Kinder und Kinderkinder weitergegeben wird. Hier muss unser Gemeinwesen durch unterschiedlichste Aktivitäten gegensteuern, um allen Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen.

Die Tafeln leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag und sind zugleich Mahner für eine gerechtere Chancenverteilung in unserer Gesellschaft. Dieses Engagement kann nicht hoch genug geachtet werden. Großspenden, wie die des Sparkassen- und Giroverbandes, sind eine willkommene Bestärkung und Anerkennung.

**Ihre Fahrradwelt**  
auf der Bachweide

über 500 Bikes  
in unserer Ausstellung

**ZWEIRAD**  
**Sarges**  
Bachweide · Wetzlar seit 1949

Hessenstraße 1 · Wetzlar · Tel.: 06441-94570  
[www.zweirad-sarges.de](http://www.zweirad-sarges.de)

# Cirsten Kunz ist die SPD-Landtagskandidatin

Am 28. Oktober 2018 stellt sich die Aßlarerin zur Wahl für den hessischen Landtag

## Wetzlarer Nachrichten:

Herzlichen Glückwunsch zur Nominierung! Du hast Dich gegen zwei Mitbewerber durchgesetzt.

**Cirsten Kunz:** Vielen Dank! Ich freue mich natürlich, dass ich mich durchsetzen konnte. Und ich freue mich, dass es wieder einmal gelungen ist, den Genossinnen und Genossen die Wahl aus mehreren Bewerbern und einer Bewerberin zu bieten. Es tut gut zu sehen, dass sich viele Menschen für die SPD und ihre Werte engagieren wollen.

**WN:** Aber bei Deinem Studium ist der Weg in die Politik bei Dir nicht verwunderlich, oder?

**CK:** ja, das könnte man auf den ersten Blick meinen. Ich habe Politikwissenschaft studiert, wollte aber eher in der Beratung oder bei einer Nichtregierungsorganisation arbeiten. Ich bin dann nach dem Studium zunächst in der Werbeagentur geblieben, in der ich schon vorher gejobbt habe. Und dadurch, dass ich mich nach dem Studium kommunalpolitisch engagiert habe, habe ich gemerkt, dass ich viel lieber „machen“ als „beraten“ möchte.

**WN:** Was genau möchtest Du denn machen?

**CK:** Oh, so vieles: Fangen wir mal mit der Bildung an. Da muss dringend einiges neu gedacht werden. Die Digitalisierung ist allgegenwärtig, aber nicht so recht im Lehrplan. Unsere Kinder müssen auf



Cirsten Kunz als Kreistagsabgeordnete am Rednerpult im Plenarsaal des Kreistags

Berufe vorbereitet werden, die es heute noch gar nicht gibt. Wie heißt es so schön: Nichts ist so beständig wie die Veränderung. Ich glaube, das wird auch für viele Menschen in ihrem persönlichen Berufsleben zutreffen. Weiterbildungen müssen viel selbstverständlicher werden. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, damit Menschen lebenslang lernen können. Lebenslanges Lernen darf kein Schlagwort mehr sein. Am besten fangen wir in der Kita, in der für alle Kinder gebührenfreien Kita, damit an. Spaß machen soll das Ganze auch noch. Ich will dafür sorgen, dass Kinder die Möglichkeit bekommen, sich für etwas zu begeistern. Dann merkt man gar nicht, dass man gerade etwas lernt. Manche Kinder brauchen aus welchen Gründen auch immer etwas mehr an Unterstützung und Zuwendung. Die Talente

mancher Kinder werden nicht oder zu spät erkannt. Das können wir als Gesellschaft nicht zulassen. Wir müssen die besten Voraussetzungen schaffen, damit Kinder ihr Bestes geben können.

**WN:** Beim Heringessen in Münchholzhausen hast Du ja auch über Inklusion gesprochen.

**CK:** Mein Herzsthema. Für mich ist das so selbstverständlich, aber kürzlich bat mich jemand darum zu erklären, was das eigentlich ist. Die Definition ist auch ein wenig sperrig: eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. Für die Schule sage ich es mal verkürzt so:

eine Schule, in der alle einen Platz haben, in der jede und jeder nach den eigenen Fähigkeiten gefördert wird – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, aber auch unabhängig davon, was das Kind vielleicht auf den ersten Blick einschränken könnte. Nicht alle Eltern können die Mathenachhilfe finanzieren, nicht alle Kinder können Treppenstufen hochspringen. Schulen müssen dafür offen sein, müssen das abfangen können.

Ich möchte Förderschulen überflüssig machen – das heißt nicht, dass ich die bestehenden Förderschulen einfach geschlossen haben will. Man muss das schon zu Ende denken, damit kein Kind auf der Strecke bleibt. Unsere Regelschulen brauchen erst einmal mehr Fachpersonal. Ausgebildete Integrationskräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, wenn nötig eben auch Fachkräfte aus dem Bereich Logopädie oder Ergotherapie.

Ich weiß, dass bei manchen Eltern die Sorge groß ist, eine Schule mit Inklusion bremse die eigenen Kinder, die keine Behinderung haben, aus. Sie möchten, dass ihre Kinder in der Schule und später einmal im Beruf Leistungsträgerin oder Leistungsträger sein können. Wenn die Schulen entsprechend gut aufgestellt sind, habe ich überhaupt keine Bedenken, dass die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger



Cirsten Kunz aus Aßlar

auch das in einer inklusiven Schule werden können.

**WN:** Gibt es weitere Themen, um die Du Dich kümmern möchtest?

**CK:** Natürlich die Kommunalpolitik. Im Besonderen geht es mir darum, dass Kommunen finanziell besser ausgestattet werden. Dort, wo die Menschen wohnen, sollte die Welt einfach in Ordnung sein. Und die Menschen, die sich vor Ort engagieren, sollten nicht immer erklären müssen, was alles nicht geht, weil kein Geld da ist.

Wir wollen ja keine goldenen Wasserhähne, aber eben den Gestaltungsspielraum, um ganz gezielt etwas für die Menschen vor Ort zu tun. Da gibt es keine Patentlösungen, aber zum Beispiel ein Jugendraum, ein Dorfbus oder eine Art von Kulturprogramm sollte, wo es nötig ist, angeboten werden können.

## Betriebsbesuch bei Zeiss Sport Optics

OB Manfred Wagner, Landrat Wolfgang Schuster, MdB Dagmar Schmidt und Kreistagsabgeordnete Cirsten Kunz von der SPD im Dialog mit Gewerkschaftern und Geschäftsführung der Zeiss Sport Optics



Seit Herbst letzten Jahres sind die Pläne des Zeiss Konzerns bekannt, Strukturveränderungen in der Sparte „Sport Optics“ vorzunehmen.

Am Standort Wetzlar sollen nach den Vorstellungen der Geschäftsführung Stellen abgebaut und einzelne Geschäftszweige nach Oberkochen, an den Hauptsitz von Zeiss, verlegt werden.

In den Augen der Stadt Wetzlar und allen voran von Oberbürgermeister Manfred Wagner stellt dies nicht nur für die betroffenen Arbeitnehmer mit ihren Familien einen schweren Einschnitt dar.

Auch Wetzlar als Stadt der Optik ist nachhaltig tangiert, wird sie doch auch durch Zeiss und das Vorgängerunternehmen Hensoldt geprägt. Manfred Wagner: „Das

habe ich nicht nur bei der Kundgebung der besorgten Belegschaft im Herbst vergangenen Jahres gemeinsam mit Landrat Wolfgang Schuster und unserer Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt deutlich gemacht, sondern auch in verschiedenen Gesprächen mit dem Betriebsrat und der IG Metall, aber auch mit der Unternehmensspitze. Mit beiden Seiten war auch ein Betriebsbesuch vereinbart. Diesen Besuch habe ich mit Dagmar Schmidt und Wolfgang Schuster sowie der Landtagskandidatin der SPD, Cirsten Kunz und unter gemeinsamer Führung von Belegschaftsvertretern sowie der Geschäftsführung durchgeführt.“

Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass am Standort Wetzlar hochqualitative Produkte gefertigt

werden und es sich lohnt, weiter in den Standort zu investieren und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schnell eine verlässliche Perspektive zu eröffnen.

„Die Tatsache, dass wir den Betriebsbesuch gemeinsam mit der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite durchführen konnten, will ich als gutes Zeichen für den weiteren Verhandlungsprozess werten“, so der OB.

Interessante Einblicke gab es für die Politiker und Politikerinnen in die Produktionsabläufe sowie die Reparaturabteilung, wo hochprofessionell und schnell Rückläufe und Reparaturen bearbeitet werden.



# Es ist Zeit, den Blick zu heben

Europa wieder zu einem sozialdemokratischen Projekt machen und den Rechtskonservativen und Nationalisten die Stirn bieten

**Natürlich muss sich die SPD erneuern. Wir haben nicht nur das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler verloren, auf drängende Fragen richtige Antworten geben zu können.**

Auch das Vertrauen zueinander in der Partei, zwischen Basis und Führung, zwischen Ehren- und Hauptamtlichen, ist verloren gegangen. Wir werden uns schwierigen Fragen stellen müssen in den kommenden Monaten, vielleicht sogar Jahren. Nur gemeinsam können wir die Partei erneuern.

Allerdings wird das Spiel nicht so lange angehalten, bis wir wieder einsatzfähig sind. Der Rest der Welt wartet nicht auf uns. Gerade Europa steht an einem Scheideweg und wir können die Entscheidung darüber, wohin der Weg führen wird, nicht den rechtspopulistischen und konservativen Kräften in Europa überlassen. Nach Jahren der Austerität und massiv ansteigender Jugendarbeitslosigkeit müssen wir Europa wieder zu einem sozialdemokratischen Projekt machen und den Rechtskonservativen und Nationalisten die Stirn bieten.

Nie zuvor hat Europa eine so



Europa ist bunt und vielfältig und nicht braun und nationalistisch. Die Sozialdemokraten werden für das Projekt Europa kämpfen und es nicht den rechtspopulistischen und konservativen Kräften in Europa überlassen.

zentrale Rolle bei Verhandlungen über eine deutsche Regierung eingenommen. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es gelungen, die Weichen für einen mutigen Ansatz zu stellen, gerade auch für uns in Deutschland.

Eine starke EU ist die Voraussetzung für Frieden und Wohlstand

für alle Menschen in Europa. Wir können in einer globalisierten Welt gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Probleme nicht mehr getrennt behandeln.

Wir müssen als europäische Sozialdemokratie Antworten auf die konkreten Probleme finden – gegen eine ungerechte Wirt-

schaftsordnung, gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und ein Auseinanderdriften unserer Gesellschaft.

Dazu gehören eine Grundsicherung, die allen Kindern Zugang zu kostenloser Bildung und Medizinversorgung ermöglicht, Wohnungsbau, der umweltscho-



**Udo Bullmann ist Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten.** Der Finanzmarkt- und Wirtschaftsexperte gehört seit 1999 dem Europäischen Parlament an.

nend und bezahlbar ist.

Wir müssen einen Weg finden, Wachstum, Sozialstandards und Umweltschutz miteinander zu vereinbaren.

Die Welt wartet nicht auf uns. Wir haben eine Idee für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft, die das Leben aller Menschen in Europa verbessert. Lasst uns das große Zukunftsprojekt gemeinsam angehen.

# Landtagswahl: Hessen muss wieder vorn sein

Hessen braucht staufreie und kostengünstige Mobilität, kostenfreie Bildung von Anfang an, bezahlbares Wohnen

**In weniger als acht Monaten, am 28. Oktober 2018, findet die Landtagswahl in Hessen statt. Zeit, Bilanz zu ziehen und festzustellen, was sich politisch ändern muss im Hessenland.**

Hessen wird von CDU und Grünen leider weit unter seinen Möglichkeiten regiert. Jeden Morgen und jeden Abend quälen sich Millionen Hessen auf überfüllten Straßen und in überfüllten Verkehrsmitteln erst zur Arbeit und dann wieder nach Hause.

Im Jahr 2016 haben die Hessen 31.600 Stunden im Stau gestanden und laut ADAC-Studie haben die Staus in Hessen in 2017 noch um 10% zugenommen. Wer öffentliche Verkehrsmittel benutzt, steht häufig in überfüllten und verspäteten Zügen und Bussen. Dies ist die Folge der jahrzehntelangen Vernachlässigung der hessischen Verkehrsinfrastruktur durch die CDU-geführten Landesregierungen. Stattdessen kündigen CDU-geführte Landesregierungen kurz vor Wah-

len immer wieder an, diesmal wollen sie aber endlich alles anders machen. Glaubwürdig ist das nicht. Hier muss eine neue Regierung ran, neue Besen kehren gut! Die SPD wird massiv in die Verkehrsinfrastruktur investieren, wenn sie am 28. Oktober den Wählerauftrag zur Führung der Landesregierung bekommt.

Die hessische Verfassung legt fest, dass Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen kostenfrei sein muss. An Kindergärten als wichtiges vorschulisches Bildungsangebot hat 1946 noch keiner gedacht. Heute wissen wir, dass der Besuch eines Kindergartens ein wichtiger Baustein für die Entwicklung der Schulfähigkeit von Kindern ist. Dies darf aber nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die hessische Landesregierung hat nun kurz vor der Landtagswahl einen halbherzigen Schritt zur Teilbefreiung von Kindergartengebühren angekündigt (wir berichteten in dieser Zeitung). Tatsächlich werden jedoch nur ei-



Die SPD wird den Focus auf zukunftsfähige Bildung und Ausbildung setzen

nige Stunden am Vormittag gebührenfrei gestellt und die Kosten dafür zu 80% den Kommunen aufgebürdet. Diese müssen aufgrund ihrer durch die Politik der Landesregierung knappen Kassen diese Kosten durch Gebührenerhöhungen für Nachmittagsplätze oder in anderen Bereichen kompensieren. Sinnvoll ist das nicht. Hier muss eine neue Regierung ran, neue Besen kehren gut! Die SPD wird eine vollständige Gebührenfreiheit für Kindergärten und Kindertagesstätten umsetzen, ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten, wenn sie am 28. Oktober den Wählerauftrag zur Führung der Landesregierung bekommt.

In den Ballungszentren explo-

dieren die Mieten, weil es an kostengünstigen Wohnungen fehlt, während im ländlichen Raum Bauland knapp wird und gleichzeitig ganze Häuser leer stehen. In den letzten 19 Jahren haben CDU-geführte Landesregierungen den Bau von kostengünstigen Wohnungen massiv behindert und zurückgefahren. Die Ideologie der CDU war, dass der private Immobilienmarkt das schon alles richten wird. Die Zeche für diese ideologische Politik bezahlen nun zehntausende Wohnungssuchende und Millionen Mieter, die überzogene Mieten bezahlen müssen. Gerech ist das nicht. Hier muss eine neue Regierung ran, neue Besen kehren gut! Die SPD wird den Bau kosten-



**Der Landtagsabgeordnete Stephan Grüger** aus dem Lahn-Dill-Kreis ist Mitglied des Wirtschaftsausschusses und des Europaausschusses des Hessischen Landtages und Industrie- und Außenhandelspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

günstiger Wohnungen fördern und gleichzeitig den ländlichen Raum auch als Wohnort stärken, wenn sie am 28. Oktober den Wählerauftrag zur Führung der Landesregierung bekommt.

Auch in vielen anderen Bereichen wird Hessen zurzeit weit unter seinen Möglichkeiten regiert. Bei vielen Themen ist Hessen nicht mehr vorn, sondern hinten. Gut für Hessen ist das nicht. Hier muss eine neue Regierung ran, neue Besen kehren gut!

Hessen muss wieder vorn sein. Die SPD wird Hessen wieder nach vorn bringen, wenn sie am 28. Oktober den Wählerauftrag zur Führung der Landesregierung bekommt.

Wärmesysteme • Sanitär

**Ing. Hermann Schmidt** GmbH + Co KG

*Neue Energien*

Zukunftssicher heizen!

*Wir sind die Experten für neue Energien!*

**Moritz-Hensoldt-Straße 20**  
35576 Wetzlar  
Tel. (0 64 41) 2 1043-0

[www.ing-hermann-schmidt.de](http://www.ing-hermann-schmidt.de)

# Dieselfahrverbote und was dahinter steckt

Tim Brückmann: Aufklärung tut Not bei der Diskussion rund um den Diesel

**Nun hat es doch noch etwas gedauert, bis sich das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zu einem Urteil entschieden hat.**

Geklagt hatte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) auf Einführung von Fahrverboten in Innenstädten für Dieselfahrzeuge durch die Kommunen und hat in den ersten Instanzen Recht bekommen. Die örtlichen Behörden der am meisten betroffenen Städte wie Stuttgart und Düsseldorf gingen dabei in Revision.

Das vom 22. auf den 27. Februar verschobene Urteil gab nun der DUH endgültig Recht. Dies kommt einem faktischen Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in den Innenstädten gleich. Nach all dem Hickhack um die Dieselfahrer mit manipulierten Abgastests und Diesel Gipfeln mit geforderten Nachrüstungen lohnt es sich, die ganze Geschichte noch einmal aus der heutigen Perspektive zu betrachten.

Dazu sollte man jedoch gleich zu Beginn einige Fakten wissen, denn oft werden verschiedene Themen miteinander vermischt. So sollte man vor allem wissen, weshalb gerade Dieselmotoren vom Leipziger Urteil betroffen sind, denn anders als oft behauptet, handelt es sich nicht um die Feinstaubpartikel, sondern um das ausgestoßene Stickoxid (NOx). Bei beiden Stoffen handelt es sich, in Betracht auf die Verbrennung von Kohlenwasserstoffen, also den gängigen Treibstoffen, um grundsätzlich als gefährlich einzustufende Substanzen.

Als Feinstäube bezeichnet man dabei Partikel mit einem Durchmesser von weniger als zehn Mikrometern, also zehn Millionstel eines Meters. Diese gelangen in die Lunge und können durch die Lungenbläschen in die Blutbahn gelangen. Dies geschieht auch bei natürlich vorkommenden Feinstäuben wie Blütenpollen oder Sand, welche den Großteil der vorhandenen Belastung ausmachen. Die durch den Menschen verursachten Stäube jedoch tragen giftige Verbrennungsprodukte mit sich, wie aromatische Kohlenwasserstoffe, wie sie auch beim Rauchen einer Zigarette auftreten. Diese gelangen in den Körper und reichern sich im Gewebe an. Dort können sie längerfristig zu Erkrankungen wie Krebs führen.

Moderne Diesel mit Partikelfilter sind im deutschen Straßen-

verkehr nicht deren Hauptverursacher. Im Gegensatz zu Benzinmotoren stoßen diese nur einen Bruchteil der Feinstäube aus.

Stickoxide sind wesentlich kleiner und gasförmiger Bestandteil der Atemluft. Sie können somit nicht durch einen einfachen Partikelfilter aus den Abgasen entfernt werden. Der Begriff Stickoxid ist ein Sammelbegriff für chemische Verbindungen aus den Elementen Stickstoff (N) und Sauerstoff (O). Bekanntester Vertreter dürfte das Distickstoffmonoxid N<sub>2</sub>O sein. Besser bekannt unter dem Namen Lachgas. Aber auch Stickstoffmonoxid gehört zu deren Vertretern.

Dieses wiederum ist auch ein Botenstoff im menschlichen Organismus und ist für viele körpereigene Funktionen wichtig, wie die Regulierung des Blutdruckes. So ist es nicht verwunderlich, dass es auch als Bestandteil von Viagra Verwendung findet. Allerdings hat es auch oxidierende Eigenschaften, sprich: Es bringt Reaktionen in Gang. So reizt es bei direktem Kontakt nicht nur die Haut und die Augen, sondern kann ebenso eingeatmet werden und Luftröhre sowie die Lunge reizen.

Wenn man diesem Stoff über eine längere Zeit ausgesetzt ist, kann dies zur Bildung von Entzündungen führen, aus welchen sich ebenfalls Krankheiten wie Krebs entwickeln können. Dieselmotoren stoßen aufgrund der höheren Temperatur und des höheren Drucks im Vergleich zum Benzinmotor während der Verbrennung einen größeren Anteil dieser Gase aus. Zwar gibt es auch hier natürliche Quellen, wie durch Blitze erzeugte Stickoxide, jedoch ist deren Anteil vernachlässigbar.

Zusammen betrachtet ist es also eine sehr ehrbare Sache, den Ausstoß von diesen beiden Stoffen begrenzen zu wollen, da sie nachweislich Gift für den menschlichen Körper sowie die gesamte Umwelt sind. So ist es auch richtig, dass das Bundesumweltamt einen Grenzwert für Stickoxide in der Umgebungsluft festgesetzt hat. Dieser beträgt 40 µg/m<sup>3</sup> und anders als von manchen wirren Medien berichtet, darf der Höchstwert im Büro nicht höher liegen. Auch hier sind Grenzwerte einzuhalten. Allerdings gibt es Ausnahmen für Arbeitsbereiche, welche naturgemäß höhere Belastungen haben. Dies ist nichts Ungewöhn-



Hardwarenachrüstung müsste man der Autoindustrie abverlangen

liches, zumal auch nur körperlich geeignete, also gesunde Menschen für solche Bereiche vorgesehen sind. Gleiches gibt es auch für Radioaktivität: Berufe wie Radiologe/in oder Pilot/in haben eine erhöhte Belastung, sind sich über diese im Klaren und dies ist auch gesundheitlich vertretbar. Der Umgebungsluft jedoch sind wir alle rund um die Uhr ausgeliefert; darum ist es vom allgemeinen Interesse, diese schadstofffrei zu halten.

So hat man sich damals im Bundesumweltamt bewusst dazu entschieden, einen Schadstoffgrenzwert festzusetzen, welcher unter den damals technisch gängigen Werten lag. Man erhoffte sich einen Entwicklungsimpuls von der Automobilindustrie. Und diese lieferte auch.

Audi bis VW brüsteten sich allesamt mit sauberen Dieselfahrzeugen und die Politik lobte die deutsche Ingenieurskunst. Weitere Fragen stellte man dabei nicht. Man machte den Bock zum Gärtner, indem man die von der Autoindustrie vorgeschlagene Abgasuntersuchung erlaubte und zur Regel machte. Die von den Herstellern installierte Software zur Schadstoffauswertung simuliert zuverlässig die geforderten Zahlen gemäß dem Fahrzeugbrief. Erst in den USA fand man diese Machenschaften nicht geheuer und stellte eigene Untersuchungen an. Dass deren Ergebnisse kurz vor der Erscheinung des neuen VW Modells für den amerikanischen Markt auftauchten, war dabei sicherlich kein Zufall. Trotzdem wurden die

deutschen Hersteller ihres Betrugs überführt.

Die überatlantischen Konsequenzen sind bekannt: Milliarden-schwerer Schadensersatz und obendrein der Ausgleich für die Käuferinnen und Käufer. In Deutschland ging man nicht so rigoros vor, wollte man doch den Automobilstandort nicht gefährden – dies haben die Hersteller schon selbst erledigt und nebenbei auch noch die gesamte Marke „Made in Germany“.

Man handelte sich von Gipfel zu Gipfel. Die Hersteller hatten sich gegen eine teure Hardware-nachrüstung gewehrt. Mit dem Faustpfand „Arbeitsplätze“ setzte man schließlich ein wenig erfolgversprechendes Softwareupdate durch. Das unionsgeführte Verkehrsministerium übernahm auch sonst noch einige Forderungen der Automobillobby, gilt sie doch als DIE Schlüsselindustrie.

Was noch bleibt sind die einstmal festgelegten Grenzwerte. Nach dem Urteil aus Leipzig steht fest, dass Kommunen Fahrverbote erteilen können und sogar müssen. Hierbei werden sie aber erneut vom Verkehrsministerium alleine gelassen. Zwar fordert man eine blaue Plakette zur Sichtbarmachung erlaubter PKW, doch auch dies will man den Städten und Gemeinden nicht gewähren.

Man möchte sich lieber schützend vor die Autolobby stellen und lässt die Wut und Enttäuschung der Dieselnutzer sich ihren Weg Richtung Umweltministerium und Brüssel bahnen. Dabei sind es die

Hersteller, welche die seit Jahren nötige Nachrüstung nicht vollbracht haben, mit welcher der NOx Gehalt in der Luft heute durchaus geringer wäre. Auch ist es das Verkehrsministerium, welches keinen Druck ausgeübt hatte. Wenig verwunderlich, ist doch die gesamte CSU-Riege stark mit den bayrischen Autofirmen verbandelt.

Wir Jusos sagen deshalb, dass die Dieselfahrer nun nicht die Versäumnisse der vergangenen Jahre ausbaden dürfen. Diese haben immerhin ein Produkt erworben, welches alle behördlichen Schritte hin zu einer ordentlichen Zulassung für den deutschen Markt durchlaufen hat. Sie haben ein Anrecht darauf, dass sie diese von ihnen gekauften Wagen auch weiterhin uneingeschränkt fahren dürfen. Sie sind nicht für die aktuelle Misere verantwortlich, sondern eine zögerliche Politik und die Lobbyarbeit der Autokonzerne. Die Erhöhung der Grenzwerte kann nicht die Lösung sein.

Verbrennungsmotoren gehören auf lange Sicht abgeschafft und dazu müssen auch die deutschen Hersteller aufgefordert werden, erhalten sie doch jährliche Subventionen zur Entwicklung schadstoffarmer Motoren. Sollte dies nicht gelingen, wird auch die deutsche Automobilindustrie bald von der Wirklichkeit hinweggerafft.

Andere Länder sind der hiesigen Industrie voraus und drängen schon bald auf den europäischen Markt. Deswegen wünschen wir Jusos eine zukunftsorientierte Entwicklung der heimischen Automobilindustrie, denn wir wollen niemanden aufgrund einer verfehlten Wirtschaftspolitik in die Arbeitslosigkeit gehen sehen. Allerdings wünschen wir uns auch eine breitere Aufstellung der gesamten Wirtschaft.

So sollte vermehrt in andere Technologien wie die der erneuerbaren Energien investiert werden, um Benz, Audi, VW und Co. den Stand der Schlüsselindustrie streitig zu machen und um deren Macht und Einfluss zu begrenzen.

Dies wäre eine saubere und vor allem sichere Entscheidung, um auch noch in Zukunft den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv zu halten.



Fotos: Heiner Jung



Es geht auch anders: Stromtankstelle in Essens Innenstadt und der Boom bei E-Bikes, augenfällig hier bei Zweirad Sarges in Wetzlar



Heiner Jung, Anzeigenredaktion

Liebe Leserin, lieber Leser, die nächste Ausgabe der Wetzlarer Nachrichten erscheint

Freitag, 8. Juni 2018

Anzeigen nehmen wir gerne auf bis Mittwoch, 30. Mai 2018  
Anfragen richten Sie bitte an:

post@heiner-medien-service.de  
Telefon 064 41-7 25 00

# Heringssessen in Münchholzhausen

Gut besucht, leckere Pellkartoffeln und Heringssalat, prominente Gäste, lebhaftes Diskussions – hier ist immer was los

**Der politische Aschermittwoch in Münchholzhausen stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der beiden Wahlkämpfe zum Landrat und zur Landtagswahl 2018.**

Der Vorsitzende des SPD Ortsvereins Münchholzhausen, Peter Helmut Weber, begrüßte Landrat Wolfgang Schuster, welcher sich erneut zur Wahl zum Landrat stellt und Cirsten Kunz, die für die SPD zur Landtagswahl ins Rennen geht.

Die Wetzlarer Kommunalpolitik wurde von der Fraktionsvorsitzenden der Wetzlarer SPD, Sandra Ihne-Köneke, vertreten. Neben den Vertretern der Vereine aus Münch-

holzhausen und Dutenhofen fanden auch wieder viele interessierte Münchholzhäuser den Weg ins Bürgerhaus.

Landrat Wolfgang Schuster begrüßte als erster Redner nach Heringssalat und Kartoffeln die aufmerksamen Gäste. Er erzählte, wieso er für eine weitere Amtszeit als Landrat kandidiere.

Er habe noch viel vor mit dem Landkreis. Dabei zählte er bereits umgesetzte Erfolge auf, wie die Beibehaltung der kommunalen Trägerschaft der Lahn-Dill-Kliniken sowie den Breitbandausbau und die Erneuerung des Schulzentrums in Wetzlar. Der Neu-



Landrat Wolfgang Schuster warb für seine Wiederwahl bei den Landratswahlen am 27. Mai

Fotos: Heiner Jung

und Umbau der Schulen im Landkreis müsse weiterhin vorangetrieben werden. Gleiches gelte für den Ausbau des Glasfasernetzes mit dem Ziel „Glasfaser in jedes Haus“. Zusammen mit der Kandidatin für den Landtag, Cirsten Kunz, forderte er das für die Kommunen verträgliche Ende der Straßenausbaubeiträge. Schließlich saniere auch der Landkreis Straßen, mit vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln – gänzlich ohne Beiträge zu erheben. Dies könnte auch für Städte und Gemeinden realisiert werden. Dass der Magistrat der Stadt Wetzlar jedoch keine andere Möglichkeit habe, als Beiträge zu erheben, läge an der derzeitigen Gesetzeslage.

Anschließend stellte sich Cirsten Kunz vor und erzählte über ihre Ziele in einer neuen SPD-geführten Landesregierung. Ihr geht es vor allem um die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, konkret beim Thema Bildungsgerechtigkeit und Inklusion. Sie will, dass kein Kind zurückgelassen werden darf und die Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen – eine aktuelle Tatsache, welche sie der Landesregierung als Versäumnis vorwirft.

Sandra Ihne-Köneke berichtete daraufhin vom Geschehen in der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung. Neben den erfolgreichen Projekten in der Kernstadt wie der Neugestaltung des



Von links: SPD-Landtagskandidatin Cirsten Kunz, Tim Brückmann, Peter Helmut Weber und Sandra Ihne-Köneke

Domplatzes, der Neubelebung des Bahnhofquartiers und des Freibades Domblick kamen selbstverständlich auch Themen aus dem Ortsteil Münchholzhausen zur Sprache. So findet das Thema Schattenlänge nun endlich ein glückliches Ende und mit der Ansiedlung eines Nahversorgers kehrt ein beträchtliches Stück Infrastruktur und Selbstständigkeit in den Ort zurück.

Beim Thema Gewerbegebiet Nord meldeten sich anwesende Mitglieder der Natur- und Vogelfreunde zu Wort und mahnten einen verantwortungsvollen Umgang mit landwirtschaftlichen und unbebauten Flächen an. Die Vertreter der SPD nahmen ihre Bedenken auf und versprachen, sich für eine gemeinschaftlich anerkannte und verträgliche Umsetzung des Gewerbegebietes stark zu machen.

Den Abschluss machte Ortsvor-



Interessanter Besuch von „Die Partei“

steher Peter Helmut Weber. Er berichtete über die vielfältigen Aufgaben des Ortsbeirates seit dem vergangenen Aschermittwoch. Der Abend klang anschließend bei lockeren Gesprächen mit den Gästen und den eingeladenen Rednern bei kühlen Getränken aus. Aufgrund des erneuten Erfolges dieser Veranstaltung plant der Ortsverein Münchholzhausen auch für das Jahr 2019 ein Heringssessen.



## Aktuelle Reiseangebote

<p>30.03. - 02.04. <b>4 Tage</b></p>	<p><b>Weltstadt London</b> inkl. Übernachtungen mit englischem Frühstück im zentralen 4-Sterne London Bridge Hotel, halbtägige Stadtrundfahrt in London mit Reiseleitung, Fährüberfahrten</p>	<p>ab € 459,-</p>
<p>30.03. - 02.04. <b>4 Tage</b></p>	<p><b>Tulpenblüte in Holland</b> inkl. Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne Hotel in Bussum, Eintritt Keukenhof mit Mühlenseenrundfahrt, Stadtführung Den Haag und Amsterdam, Abendessen am Anreisetag</p>	<p>ab € 399,-</p>
<p>30.03. - 02.04. <b>4 Tage</b></p>	<p><b>Ostern in Prag</b> inkl. Übernachtungen mit Frühstück im 4-Sterne Hotel, halbtägige Führung durch die Prager Altstadt, halbtägige Führung auf den Prager Burgberg mit Besichtigung St. Veitsdom, Abendessen am Anreisetag</p>	<p>ab € 299,-</p>
<p>03.04. - 11.04. <b>9 Tage</b></p>	<p><b>Korsika und Sardinien</b> Rundreise inkl. Übernachtungen mit HP in guten Mittelklassehotels, durchgehend deutschsprachige Reiseleitung auf Korsika, Fährüberfahrten, ganztägiger Ausflug zur Insel La Maddalena, u.v.m.</p>	<p>ab € 1.099,-</p>
<p>04.04. - 08.04. <b>5 Tage</b></p>	<p><b>Sonniges Meran</b> inkl. Übernachtungen mit HP (4-Gang Abendessen mit Wahlmenü und Salatbuffet) im 3-Sterne Hotel Elisabeth in Meran-Gratsch, 1 x Galadinner, Eintritt Schloss Trauttmansdorff</p>	<p>ab € 499,-</p>

### Tagesfahrten

<p>18.03.18</p>	<p><b>Stuttgart Musical</b> inkl. Eintrittskarte für „Bodyguard“ oder „Der Glöckner von Notre Dame“, Brunch</p>	<p>€ 158,-</p>
<p>27.03.18</p>	<p><b>Mainz und ZDF</b> inkl. Führung ZDF-Studios, Stadtführung Mainz, Eintritt Gutenberg-Museum</p>	<p>€ 37,-</p>
<p>04.04.18</p>	<p><b>Märchenland Reinhardswald</b> inkl. Eintritt Tierpark Sababurg, Stadtführung Hofgeismar</p>	<p>€ 45,-</p>
<p>07.04.18</p>	<p><b>Alpincenter Bottrop</b> inkl. Pistennutzung, Ausrüstung, Buffet, Getränke, Après Ski (Kinderermäßigung € 15,-)</p>	<p>€ 95,-</p>



**Beratung & Buchung**  
Reisebüro Gimmler GmbH, 35576 Wetzlar  
Langgasse 45-49 & Bannstr. 1 oder in den bekannten Agenturen  
Hotline 06441 / 90100 · Telefax 06441 / 9010111  
info@gimmler-reisen.de · www.gimmler-reisen.de

## CHRISTOPHERS KOHECKE

Christophers Grünes Thai-Curry

### Grünes Thai-Curry

#### Zutaten für die Paste:

- 3 grüne Chilischoten
- 4 Knoblauchzehen
- 4 Frühlingszwiebeln
- 1 kleine Ingwerknolle (ca. 25 g)
- 1 Bund frischer Koriander
- 3 Stängel Zitronengras
- 8 Kaffernlimettenblätter
- 1 Esslöffel Koriandersamen
- 4 Esslöffel Sojasoße
- 2 Esslöffel Fischsoße

#### Restliche Zutaten:

- 200 g frische Champignons
- 200g Stangenbohnen (alternativ Zuckerschoten)
- 3 Thai-Auberginen (golballgroß)
- 400 g Hähnchenbrust (in fingergroßen Streifen)
- 2 Esslöffel Nuss-Öl (z.B. Erdnuss oder auch Sesam)
- 2 Dosen Kokosmilch (je 400 g)
- 2 Limetten
- ein paar Korianderblätter zur Dekoration
- 1 rote Chilischote (optional)

Die Zutaten erhalten Sie in Asia-Läden, z.B. in Niedergirmes

#### Zubereitung der Currypaste:

Frühlingszwiebeln putzen und klein schneiden, die grünen Chilis längs halbieren und die Kerne entfernen, vom Zitronengras die Außenblätter und das holzige Ende entfernen, dann kräftig mit einem Holzbrett o.Ä. auf die Stängel drücken und dann kleinschneiden, Knoblauch und Ingwer schälen und hacken, Koriandergrün grob hacken. Nun alles zusammen mit den Koriandersamen, den Kaffernlimettenblättern, der Fisch- und Sojasoße in der Küchenmaschine zu einer glatten Paste verarbeiten.

#### Zubereitung des Curry:

Thai-Auberginen achteln, Champignons vierteln, Bohnen in drei bis vier cm lange Stücke schneiden (entfällt bei Zuckerschoten). Das Öl in einen Wok oder großen Topf geben, gut erhitzen, darin die Hähnchenbruststreifen ca. acht Minuten unter Rühren zusammen mit der Currypaste garen.



Foto: Christopher Bursakis

Danach die Kokosmilch und das Gemüse hinzugeben, aufkochen und noch einige Minuten köcheln lassen.

Kurz vorm Servieren den Saft der Limetten zugeben. Wer mag, kann jetzt auch noch mit Sojasoße nachwürzen.

Zum Anrichten Koriandergrün und kleingehackte rote Chili über das Gericht streuen.

Als Beilage passt ein duftender Jasminreis.

# Vom Stadthaus zu den Domhöfen

Wichtiger Meilenstein: Stadtparlament bestätigt einstimmig den eingeschlagenen Weg

**Das Wetzlarer Stadtparlament ist einstimmig der vom Magistrat vorgelegten Vorlage gefolgt und hat den Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung des Areals rund um das heutige, stark sanierungsbedürftige und abzubrechende Stadthaus am Dom gefasst.**

Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) hatte die Vorlage in der Parlamentssitzung, der zuletzt nochmals eine breit angelegte Informationsveranstaltung mit rund 350 Interessierten vorausgegangen war, eingebracht und erläutert.

Danach ist vorgesehen, anstelle des heutigen Stadthaus am Dom die sogenannten Domhöfe entstehen zu lassen. Während der dem Dom zugewandte Bereich im Wesentlichen den Nutzungen Gastronomie, Einzelhandel und Wohnen, der hintere, dem Liebfrauenberg zugewandte Bereich ebenfalls der Zweckbestimmung Wohnen vorbehalten sein wird, soll im mittleren der drei Domhöfe ein Multiplexkino entstehen, dessen Räumlichkeiten auch für die Lehr- und Vortragsveranstaltungen nutzbar sind. Zudem sind hier Räume vorgesehen, die auch von Vereinen und kulturellen Initiativen mit Leben erfüllt werden können.

Architektonisch werden die Domhöfe die Dachformen, die Höhenverläufe, die altstadttypischen Durchwegungen und weitere Gestaltungselemente aufnehmen.

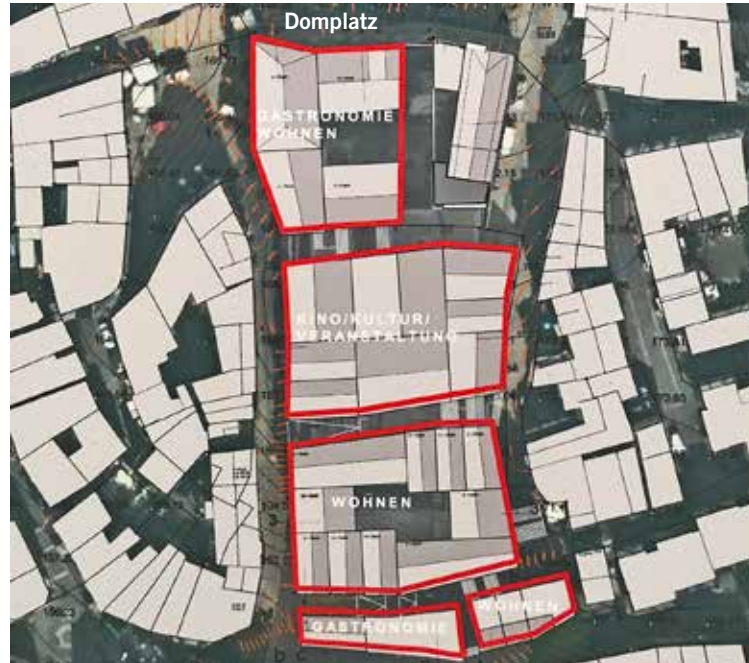
Nach Ansicht von Oberbürgermeister Manfred Wagner kann auf diesem Wege auch ein Stück Stadt-reparatur betrieben werden.

Zugleich sieht das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Konzept vor, die derzeit vorhandene Baulücke am Liebfrauenberg zu schließen. Ein attraktives, gastronomisch genutztes Gebäude und im weiteren Verlauf entstehende Altsadthäuser werden hier Akzente setzen.

In diesem Kontext ist vorgesehen, den Fischmarkt und auch das gesamte Domplatzareal zukünftig autofrei zu gestalten, um die Aufenthaltsqualität dieser Bereiche zu erhöhen.

Da mit der Neugestaltung der Domhöfe die bisher auch öffentlich nutzbaren Stellplätze in der Tiefgarage des Stadthaus grundsätzlich nicht mehr zur Verfügung stehen können – sie sind den Wohnungs- und Ladeninhabern zuzuordnen – müssen nicht nur Ersatzstellplätze geschaffen werden. Gerade die in der Altstadt etablierten Einzelhändler und Dienstleister, die trotz verschärfter Rahmenbedingungen, z. B. durch den Internethandel, die historische Altstadt lebendig gestalten, fordern schon seit langem weitere zentral gelegene Stellplätze.

Zudem zeigt sich immer wieder, dass Stellplätze für Großveranstaltungen im Dom, für öffentliche Veranstaltungen auf dem



Domplatz und weiteren Plätzen der Altstadt sowie für die Festspiele auf der Freilichtbühne „Rosen-gärtchen“ benötigt werden, da ansonsten auch die den Bewohnern zur Verfügung stehenden Stellplätze belegt werden.

Als Platz für die Errichtung der zentralen und mit Blick auf die Nachbarschaft geschlossen auszuführenden Parkgarage ist das städtische Anwesen Goethestraße 7 so-

wie eine benachbarte Fläche des Dalbergischen Fonds vorgesehen.

Die hier bisher etablierte und ebenfalls zur Sanierung anstehende Kindertagesstätte „Marienheim“ wird mit ihrem Hort in der inzwischen von der Stadt erworbenen Liegenschaft „Turmstraße 7“ untergebracht, die dafür den neuesten Anforderungen entsprechend hergerichtet werden wird.

Wie Oberbürgermeister Man-

fred Wagner betonte, soll die Abfolge so gestaltet werden, dass zunächst die neue Kindertagesstätte gebaut wird und anschließend die Kinder umziehen. Sie werden also nicht der Baumaßnahme ausgesetzt sein.

Im Anschluss kann der Abbruch des bisherigen Kita-Gebäudes und die Errichtung des Parkhauses vorgenommen werden. Dies hat den Vorteil, dass zusätzliche Stellplätze bereits dann zur Verfügung stehen, wenn das Stadthaus am Dom abgerissen wird und hier die Tiefgaragenstellplätze nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wie sich in der breit angelegten Diskussion gezeigt hat, werden diese Planungen von der IHK, dem Stadtmarketingverein und der IG Altstadt begrüßt.

Verschweigen darf man aber auch nicht, so Wagner, dass es Menschen gibt, die gerade dann wenn sie in der Nachbarschaft des neuen Parkhauses leben, Bedenken und Sorgen haben. Dies gilt auch für die Verkehrsführung in der Goethestraße. Hierzu kündigte Wagner an, dass es zum einen – wie z.B. bei der Ikea-Ansiedlung praktiziert – fundierte Verkehrskonzepte für diesen Bereich geben werde und man auch zum anderen fortgesetzt die Öffentlichkeit, wie schon in der Vergangenheit praktiziert, einbinden werde.

## Hintergrund

Seit 2005 wurde in der Eigentümergemeinschaft der insgesamt 19 Miteigentümer des Stadthaus am Dom über die Sanierung des Komplexes diskutiert.

Bis zum Jahr 2010 wurden rund 20 Gutachten in Auftrag gegeben, um die Sanierungsaufwendungen zu verifizieren und eine Grundlage für die Instandsetzung des in den 1970er errichteten Stadthaus am Dom zu schaffen.

Der Sanierungsaufwand belief sich zu den Baukosten des Jahres 2012 auf rund 13 Millionen Euro. Dann wäre das Haus in seiner jetzigen Kubatur auf den aktuellen Stand gebracht worden. Angesichts des städtischen Miteigentumsanteils wären 5,2 Mil-

lionen Euro auf die Stadt Wetzlar entfallen. Da die übrigen Eigentümer aber die Mitfinanzierung ablehnten und ein lange währender juristischer Streit drohte, zeigte die sogenannte „Bürgerliche Koalition“ bereits im Jahr 2008 Bereitschaft, sich mit einem Betrag von über 8,8 Millionen Euro zu beteiligen. Die jetzt vorgestellte Lösung mit dem Bau eines neuen Parkhauses und der Verlagerung der Kita wird nicht für „Null“ zu haben sein, doch wird entgegen des damals diskutierten Sanierungsfalls in ein zukunftssträchtiges Projekt investiert, das geeignet ist, die für die Weiterentwicklung der Altstadt notwendige Frequenz zu bringen.

## UNSER BUCHTIPP

Juli Zeh

### Leere Herzen

Politthriller

Sie sind desillusioniert und pragmatisch, und wohl gerade deshalb haben sie sich erfolgreich in der Gesellschaft eingerichtet: Britta Söldner und ihr Geschäftspartner Babak Hamwi. Sie haben sich damit abgefunden, wie die Welt beschaffen ist, und wollen nicht länger verantwortlich sein für das, was schiefläuft. Stattdessen haben sie gemeinsam eine kleine Firma aufgezogen, „Die Brücke“, die sie beide reich gemacht hat. Was genau hinter der „Brücke“ steckt, weiß glücklicherweise niemand so genau. Denn hinter der Fassade ihrer unscheinbaren Büroräume betreiben Britta und Babak ein lukratives Geschäft mit dem Tod.

Als die „Brücke“ unliebsame Konkurrenz zu bekommen droht, setzt Britta alles daran, die unbekannteren Trittbrettfahrer auszuschalten. Doch sie hat ihre Gegner unterschätzt. Bald sind nicht nur Brittas und Babaks Firma, sondern auch beider Leben in Gefahr...

„Leere Herzen“ ist ein provokanter, packender und brandaktueller Politthriller aus einem Deutschland der nahen Zukunft. Es ist ein Lehrstück über die Grundlagen und die Gefährdungen der Demokratie. Und es ist zugleich ein verstörender Psychothriller über eine Generation, die im Herzen leer und ohne Glauben und Überzeugungen ist.



Juli Zeh: **Leere Herzen**  
Politthriller, 352 Seiten  
Verlag: Luchterhand  
ISBN: 978-3-630-87523-1  
Preis: 20 Euro

## VERANSTALTUNGS-TIPPS

**14. März 2018**  
**Zervas & Pepper – Folkrock**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: **Kulturzentrum Franzis**

**16. März 2018**  
**Servus Peter-  
eine Hommage an Peter Alexander**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: **Stadthalle Wetzlar**  
Brühlsbachstraße 2

**18. März 2018**  
**Bunbury – Komödie von Oscar Wilde**  
Uhrzeit: 17:00 Uhr  
**Kellertheater, Wetzlar**  
Brühlsbachstraße 2

**18. März 2018**  
**HSG Wetzlar – TSV Hannover-Burgdorf**  
**Handball-Bundesliga**  
Uhrzeit: 12:30 Uhr  
Ort: **Rittal-Arena, Wetzlar**

**20. März 2018**  
**Dennis Jones & Band**  
Uhrzeit: 21:00 Uhr  
Ort: **Kulturzentrum Franzis**

**22. März 2018**  
**Albano und Romina Power**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: **Rittal-Arena, Wetzlar**

**29. März 2018**  
**HSG Wetzlar – MT Melsungen**  
**Handball-Bundesliga**  
Uhrzeit: 12:30 Uhr  
Ort: **Rittal-Arena, Wetzlar**

**29. März 2018**  
**Die Therapie – Psychothriller**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: **Stadthalle Wetzlar**  
Brühlsbachstraße 2

**14. April 2018**  
**Rattlesnake Bluesband**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
**Bunte Katze, Niedergirmes**  
Naunheimer Straße 10

Alle Angaben ohne Gewähr

**ARBEITERWOHLFAHRT ORTSVEREIN  
WETZLAR**

**HERZLICH WILLKOMMEN**

**SENIORENTREFF "NEUSTADT"**  
**WILHELM REITZ HAUS**  
**35576 WETZLAR**  
**BRETTSCHEIDERSTRASSE 4**  
**DONNERSTAG 14:30 UHR**